

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.00 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Osterrich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Blatt.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Adressen
 oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige
 Blatt 20 Pf., (zuletzt 2 fertige
 Blätter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Schließung und Schließung
 anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 21. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die erste Pflicht der Parteikonferenz.

Von Ed. Bernstein.

In Blättern der Fraktionsmehrheit ist behauptet worden, die Opposition gegen die Mehrheit habe den Kriegsplan, in die Debatten der Parteikonferenz so viele Streiffragen aller Art hineinzumwerfen, daß es über sie zu keiner schlüssigen Entscheidung kommen werde. Diese Behauptung ist vom „Vorwärts“ als unbegründet zurückgewiesen worden, und in der Tat könnte die Opposition, an ihrem eigenen Standpunkt gemessen, nichts Sinnwidrigeres tun, als in solcher Weise eine klare Auseinandersetzung über die beiden Hauptfragen zu hintertreiben, die für das ganze Zusammenhalten und Zusammenarbeiten der Partei grundlegend sind: die Frage der Stellung zum Kriege, den Kriegsziele und den Kriegskrediten und die Frage, ob und wie weit in bezug auf diese Fragen bei Abstimmungen in den Parlamenten Zwang auf Minderheiten ausgeübt werden soll.

Daß von der Antwort auf diese beiden Fragen alle übrigen vor die Parteikonferenz zu bringenden Fragen erst ihr wahres Gesicht erhalten, ist so augenscheinlich, daß es fast überflüssig erscheint, darüber noch ein Wort zu verlieren. Um es jedoch an einigen Beispielen greifbar zu veranschaulichen, so sei nur darauf verwiesen, daß die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen unser Volk und die anderen Völker so furchtbar leiden, weder von dieser oder jener einzelnen Maßregel verursacht sind, noch durch diese oder jene einzelne Maßnahme behoben werden können, sondern ihre entscheidende Ursache im Krieg und seiner Dauer haben, daß die Finanzpolitik und die Steuerbedürfnisse mit der Dauer und Ausdehnung des Krieges ihr Gesicht verändern, und daß alle Pläne auf wirtschaftspolitische Aktionen der Partei nach dem Kriege in der Luft schweben, solange wir gar keinen Anhaltspunkt dafür haben, wann und wie Deutschland wirtschaftspolitisch aus diesem Krieg herauskommen wird. Außerdem sind die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf diese und ähnliche Fragen nur insofern ernsthafter Natur, als sie durch die Stellung zur Kriegsfraße selbst beeinflusst sind. Soweit dies letztere nicht der Fall ist, ist die grundsätzliche Stellung zu ihnen durch allgemein anerkannte Programmpunkte und Kongreßbeschlüsse der Partei bestimmt, so daß es sich zum Beispiel bei der gewiß wichtigen Erörterung von Forderungen in Sachen der Ernährungsfrage mehr um den Austausch von Erfahrungen als um die Geister erhellende Gegensätze tieferer Art handeln würde.

Weit entfernt, eine Verquickung der zwei erstbezeichneten Fragen mit anderen Wünschen oder gar herbeiführen zu wollen, hat die Opposition vielmehr alles Interesse daran, daß sie so lange streng auseinandergehalten werden, als nicht in bezug auf die ersteren durch eine ausgiebige Debatte klarer Licht geschaffen ist. Ob die Opposition bei einer daran anschließenden Abstimmung in die Minderheit kommt oder nicht, ist ein für die geschäftliche Behandlung der Tagesordnung der Konferenz nebensächlicher Gesichtspunkt. Maßgebend muß für sie sein, daß zunächst die Fragen behandelt werden, welche zu dem gegenwärtigen Konflikt in der Partei geführt haben und ihm seinen Charakter geben. Sie mit anderen Fragen zu verquickeln oder gegen andere zurückzusehen, können nur diejenigen wollen, welche überhaupt aus dem einen oder anderen Grunde eine klare Auseinandersetzung über sie vermeiden sehen wollen.

Es braucht das nicht notwendig aus unedlen Motiven zu geschehen. Es gibt Genossen, die da ehrlich glauben, sobald es gelinge, die Partei auf ein Aktionsprogramm wirtschafts- und sozialpolitischer Forderungen und Vorschläge zu einigen, ließe sich der ganze jetzige Streit überbrücken. Ein konstruktives Aktionsprogramm, wie man das auch nennt, soll der Partei über ihre jetzigen Schwierigkeiten hinweghelfen.

Das ist aber eine Unmöglichkeit. Verantwortliche Politiker, sehen wir uns immer wieder vor Fragen und Aufgaben gestellt, die auf den Krieg direkt Bezug haben und denen auszuweichen Feigheit und Pflichtvergessenheit wäre. Uns ausschließlich auf soziale Mitarbeit zu verlegen, die oben drein aus den schon dargelegten Gründen sehr zweifelhafter Natur sein würde, auf das Wälzen des Steines des Sisyphus hinausließe, hieße uns die Zeit mit Worten von Kartenhäusern vertreiben, während uns das Haus über dem Kopf brennt. Wir haben zuerst daran zu denken und immer wieder daran zu denken, wie wir dem Brand zu begegnen haben, uns klar zu werden, was wir tun können und deshalb auch sollen, so wirksam wie nur möglich zu seiner Lösung beizutragen.

Hier liegt die erste Pflicht der Parteikonferenz. So unangenehm es dem einzelnen sein mag, wenn in anderen Zusammenkünften Erörtertes noch einmal abgehandelt wird, so würde die Konferenz in jeder Hinsicht sich zur Unfruchtbarkeit beurteilen, wenn sie diese Fragen in die zweite Linie legen oder obenhin abtun wollte. Eine gründliche Erörterung der auf den Krieg bezüglichen Fragen ist um so mehr erforderlich, als sie die Frage unserer Stellung in der Internationale und zu einer möglichen Zusammenarbeit mit der Internationale für Zwecke des Kriegsendes umschließt. Es handelt

sich hierbei nicht nur um die Stellungnahme der Partei im Parlament, sondern auch um unsere Stellung zu den Bruderparteien in den anderen Ländern und den Anrufen, die aus jenen Reihen an uns ergangen sind.

Freilich ist aus sattsam erörterten Gründen die Zuständigkeit der Konferenz sehr zweifelhafter Natur. Aber diese Frage erhält erst dann größere Bedeutung, wenn die Konferenz oder eine Mehrheit auf ihr versuchen sollte, sie aus einer beratenden, als die sie einberufen ist, in eine gesetzgebende Versammlung zu verwandeln. Wir wissen alle, was ihr fehlt, um die Vollmachten einer solchen in Anspruch nehmen zu können. Sie ist keine die Partei annähernd zutreffend vertretende Zusammenkunft. Ein großer Teil der Parteigenossen ist auf ihr unvertreten, und bei den Wahlen zu ihr hat eine freie, die zur Erörterung kommenden Fragen von Grund aus beleuchtende Besprechung in der Presse und in Versammlungen nicht vorausgehen können. So können daher ihre Beschlüsse oder Gutachten nicht die bindende Kraft von Kongreßbeschlüssen beanspruchen.

Aber sie wird die größte Zusammenkunft von Vertretern der Partei sein, die wir seit 1913 gehabt haben, und kann daher auch ohne das einen bedeutenden Einfluß auf die Weiterentwicklung dieser ausüben. Es kommt nur darauf an, von welchem Geist sie sich erfüllt zeigen und in welcher Richtung sie die Lösung des Konflikts suchen wird, der heute die Partei in allen ihren organischen Bestandteilen zu zerrütten droht. Es wird von ihrem Verlauf abhängen, ob das Uebel sich verschlimmert oder ob das Mittel gefunden wird, den unerbittlichen Kampf der Geister in der Partei unter solchen Bedingungen sich abspielen zu lassen, daß er dem Zusammenhalt und der Leistungskraft der Sozialdemokratie nicht dauernd schweren Abbruch tut.

Das ist die der Parteikonferenz in bezug auf das organische Leben der Partei gestellte Aufgabe. Es läßt sich im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht mit Sicherheit bestimmen, welche der heute in der Partei sich gegenüberstehenden Richtungen auf ihr die Mehrheit haben wird. Aber schon der Umstand, daß die Reichstagsabgeordneten der Partei Deegierte sein werden und der ganze Einfluß des Parteivorstandes und des größten Teiles der Parteibürokratie im Sinne der Fraktionsmehrheit arbeitet, stellt eine Mehrheit für diese auf der Konferenz in sichere Aussicht. Es wird sich also fragen, ob diese Mehrheit das Vorbild, das ihr die Fraktionsmehrheit im Verhalten gegenüber der Minderheit geliefert hat, nachahmen oder die Erfahrungen beherzigen wird, die deren Politik des Zwanges auf die Gewissen zur Folge gehabt hat.

Daß jeder Versuch scheitern muß, die Minderheit von der Vertretung dessen abzuhalten, was sie in bezug auf den Krieg und die Kriegspolitik für ihre unabweisbare Pflicht hält, kann sich niemand mehr verhehlen, den den Gang der Debatten in der Partei mit offenen Augen verfolgt hat. Ebenso hat es sich deutlich gezeigt, daß an wichtigen Parteiorten die große Mehrheit der Parteimitglieder, an anderen erhebliche Minderheiten hinter der Fraktionsminderheit stehen und diese überall mit Leidenschaft für sie eintretende Anhänger hat — kurz, daß es sich bei ihr nicht, wie man es erst hinzustellen suchte, um die Auflehnung einiger Doktrinärs und Ultraradikalen, sondern um eine tiefgehende Bewegung in der Arbeiterklasse handelt, die keine Gewaltmaßnahmen, keine Verdammungsbeschlüsse aus der Welt schaffen werden. Sofern also der Meinungskampf in der Partei nicht zur völligen Spaltung führen soll, was für die jetzt über die Mehrheit Verfügenden nicht minder verhängnisvoll ausfallen würde als etwa für die Minderheit, gibt es nur zwei Wege zur Lösung des für die Partei entstandenen Problems: **V e r s t ä n d i g u n g** zwischen Mehrheit und Minderheit über eine Politik, zu der sie sich trotz der obwaltenden Meinungsverschiedenheiten zusammenfinden könnten, oder **U b e r e i n k o m m e n**, während der Dauer des Krieges in allen den Fragen, über die Einigung nicht erzielt werden kann, der Minderheit das Recht zuzugestehen, ohne Gehässigkeit, aber mit sachlicher Betonung ihrer abweichenden Anschauung diese selbständig zu vertreten. Ob das erstere erzielt werden kann, ist ziemlich unwahrscheinlich. Es wäre meiner Ansicht nach nicht unmöglich, wenn die Mehrheit sich entschließen könnte, zur Politik zurückzukehren, wie sie den Einleitungssätzen der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und der ursprünglich von ihr beschlossenen Fassung eines weiteren Satzes entsprechen würde, der damals nur aus äußerlichen Gründen abgeändert wurde. Indes gebe ich mich über die Bereitwilligkeit dazu keinen Selbsttäuschungen hin, und daß die Minderheit von ihrer grundsätzlichen Stellungnahme nicht abgeben wird, wurde oben schon gesagt. Ein Uebereinkommen aber, wie es hier in kurzem Umriß angedeutet ist, wäre bei gutem Willen möglich. Es mutet keinem auch nur das kleinste Opfer der Ueberzeugung zu und würde schon dadurch auf Ton und Geist des unausschließlich auch weiterhin sich abspielenden Meinungskampfes die günstigste Wirkung haben. Sich darüber schlüssig zu werden, ob sie in dieser Weise das Uebel, das der Krieg dem inneren Leben der Partei zugefügt hat, nach Möglichkeit mildern will, ist die erste Pflicht der Parteikonferenz.

(„Neue Zeit“.)

Die bürgerliche Presse über die Reichskonferenz.

Die heute zusammentretende sozialdemokratische Reichskonferenz ist bisher in der bürgerlichen Presse nur in sehr spärlichem Maße eingehender behandelt worden. Die meisten Blätter legen sich in ihren Urteilen eine begriffliche Zurückhaltung auf. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet nur die „parlamentarische Seite“ der „Post“, die in dem ihr eigenen Tone annähernd Ueberhebung in der Nummer vom Dienstagabend folgendermaßen orakelt:

Welchen Ausgang die am 21. d. M. tagende sozialdemokratische Reichskonferenz nehmen wird, läßt sich mit Sicherheit nicht übersehen. Für die Beurteilung wird aber nicht aus dem Auge zu lassen sein, daß die veränderte Stellung des Staates und der staatsverhaltenden Parteien gegenüber der Sozialdemokratie allein auf der Stellung zum Vaterlande und zum vaterländischen Staate beruht, der durch die Zustimmung zu der Kriegsanleihe vom 4. August 1914 und deren Begründung fundgegeben wurde. Nur soweit die Sozialdemokratie fest an dem Standpunkte vom 4. August 1914 festhält, wird sie daher als eine nationale und ihre Anhänger als vollwertige Staatsbürger anzuerkennen sein. Die sozialdemokratische Opposition, welche von dem Standpunkte des 4. August 1914 zu der Auffassung der Zeit vor dem Kriege zurückgefallen ist, hat damit diese Anerkennung unbedingt verwirkt. Wer, wie ihr Haupttheoretiker Bernstein, in dem jetzigen Weltkriege eine läbliche internationale Neutralität beobachten will, schießt sich damit ganz von selbst aus der deutschen Staatsgemeinschaft aus und wird naturgemäß auch mit der entsprechenden Stellung des Staates und der staatsverhaltenden Parteien rechnen müssen.

Dieses Urteil der „parlamentarischen Seite“ scheint indessen selbst die „Post“ nicht ganz zu befriedigen. In ihrer Nummer vom Mittwochabend geht sie ausführlicher auf die durch die Reichskonferenz angeregten Fragen ein und untersucht das „sozialdemokratische Problem“ unter dem Gesichtspunkte der „wirtschaftlichen Grundfragen“, die die Sozialdemokratie zu einer Massenpartei gemacht haben.

Wir dürfen eben niemals vergessen, daß die Sozialdemokratie wie kein anderes Parteigebilde unseres Staatslebens an wirtschaftliche Bedingungen gekettet ist; aus ihnen allein sind ihre leitenden Gedanken erwachsen, aus ihnen allein zieht sie ihre ganze Kraft. Das Lebergebäude der parteiologischen Theoretiker modie darüber hinauszuwachen, der Partei wille, die Triebkraft aller Parteitaten, blieb immer dieser Grundfrage eingependelt. So nur konnte die Sozialdemokratie zur reinen Klassenpartei werden, so nur konnte sie die uneingeschränkte Herrschaft über die Angehörigen einer ganzen, wirtschaftlich gleichgestellten Bevölkerungsgeschicht erlangen.

Unter diesem Gesichtspunkt sieht die „Post“ keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Minderheit, deren Glieder „ohne Zweifel bei den althergebrachten Sätzen des sozialistisch-kommunistischen Staates“ verharren seien, und der Mehrheit, deren Vertreter „keine Gelegenheit haben vorübergehen lassen, um ihre Treue zu den alten Idealen zu bekräftigen“ — wobei die „Post“ freilich ununterzucht läßt, inwieweit diese Treuegebährnisse mit der Praxis der betreffenden Vertreter der Mehrheit im Einklange standen.

Hinsichtlich der Reichskonferenz hält die „Post“ es für müßig, ihren Ausgang irgendwie deuten zu wollen, ehe er tatsächlich vorliegt.

Vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien wäre es sogar trübsalig. Wir haben uns im Grunde genommen um alle diese Auseinandersetzungen im Schoße der Sozialdemokratie wenig zu bekümmern, zum mindesten nicht mit sicherlich übel vergoldenem Rat; das Ergebnis der sozialdemokratischen Wandlungen allein ist zum Ausgangspunkt unmittelbar eingreifender Betrachtungen geeignet. Wir können nicht einmal im voraus ganz allgemein entscheiden, ob eine Einigung oder eine dauernde Spaltung der gährenden Partei günstiger Folgen für das Staatsleben der Zukunft zeitigen würde. Am Kriege haben sich die Geister entzündet, um die Sonderfragen des Krieges dreht sich der jetzt verhandelte Prozeß, und mit dem Kriege kann schließlich auch leicht die Phase der sozialdemokratischen Entwicklung, die wir jetzt als scheinbar bedeutungsvoll erleben, verhältnismäßig rasch zu Ende gehen. Es bleibt also vielleicht für den Frieden eine Sozialdemokratie, die wiederum anders zu werten ist als diese oder jene der heutigen Gruppen, oder auch als eine Einheit, die etwa in naher Zukunft aus jenen neu geschweift wird. — Andererseits empfiehlt es sich kaum, der Sozialdemokratie schon im voraus festbestimmte Formeln zu stellen, die sie erfüllen müsse, um für das staatliche Leben der Zukunft diese oder jene Wertung zu erlangen; je mehr die Dinge im Flusse sind, um so besser steht dem Besonnenen ein ruhiges Warten an. Am wenigsten dürfte die Forderung nach bestimmten programmatischen Neubekennnissen nützen; eine Partei, die so ausschließlich im Gehäufte doktrinärs Lehren erwachsen ist, wird sich nur schwerlich davon raschweise befreien können; die langsame Verschiebung in deren praktischer Betätigung gibt schließlich erst die rechte Prägung. Im ganzen und allgemeinen aber gilt es immer wieder, sich der wirtschaftlichen Grundfrage der Sozialdemokratie zu erinnern.

Unter einem wesentlich anderen Gesichtspunkte behandelt Dr. Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“ die Reichskonferenz. Für ihn ist diese Veranstaltung in erster Linie als Versuch einer Fühlungnahme mit den Volksteilen von Bedeutung, über deren Stimmung man heute „völlig im Dunkeln“ tappe. Er verkennt hierbei auch nicht, daß die Vertretung auf der Konferenz keineswegs unanfechtbar ist, und deshalb wendet er sich gegen diejenigen, die den Beschlüssen der Konferenz bindende Kraft versehen wollen.

Aus den Kreisen der Mehrheit heraus ist betont worden, daß es nicht angängig sei, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft zwar mitberaten und mitbeschließen, aber wenn sie ihren Willen nicht durchsetzen sollten, erklären, sie würden sich den Beschlüssen der Versammlung nicht fügen, da sie nicht ordnungsmäßig sei. Indessen geht dieses Entweder-Oder wohl etwas zu weit. Um einen Rat beizubehalten, handelt es sich bei der jetzigen Veranstaltung in jedem Falle. Daß die Partei das Recht hat, nach der Wiederherstellung friedlicher und verfassungsmäßiger Zustände die jetzigen Beschlüsse auf einem ordnungsmäßig einberufenen Parteitag nachzuprüfen, versteht sich eigentlich von selbst. Ebenso aber wird alles, was jetzt als Ergebnis der Reichskonferenz sich herausstellt, ganz von selbst auf die unmittelbare Praxis der Partei seinen Einfluß ausüben.

Als wichtigste Aufgabe der Reichskonferenz erscheint Dr. Michaelis die Schaffung eines „gemeinsamen Arbeitsprogramms“. Angesichts der Tatsache, daß einzelne Vertreter der rechten Seite mit einer fast nationalistisch anmutenden Schärfe die deutschen Kriegsziele in den Vordergrund rücken, während man sich auf der Linken, ohne Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse an „den Gedanken der Internationale“ flammere, nimmt er zwar ohne weiteres an, daß die Meinungen auf der Konferenz hart aufeinanderprallen werden. Er hält es aber doch nicht für unmöglich, daß die Verhältnisse beiden Richtungen ein Zusammengehen unter einem „gewissen Verzicht auf grundsätzliche Ziele“ aufzwingen würden.

Ein solches Zusammengehen befürwortet Dr. Michaelis vor allem im Hinblick auf die innerpolitische Lage. Die „Neuorientierung“ schwebt heute noch fast völlig in der Luft, und ein Zerfall oder eine Schwächung der Sozialdemokratie würde nur eine Stärkung der reaktionären Tendenzen bedeuten.

An denselben Gedanken eines „einheitlichen Aktionsprogramms“ für die Kriegszeit knüpft auch die „Berliner Volkszeitung“ an. Die weiteren Betrachtungen des Blattes sind aber auf einen Ton gestimmt, der die ruhige Sachlichkeit und Unparteilichkeit des „D. Z.“ vermessen läßt.

„Vom Standpunkt des deutschen Volkes aus — schreibt das Blatt — wird man wünschen müssen, daß ein möglichst großer Teil der Sozialdemokratie sich aufrichtig zu der Politik des 4. August bekennt, die die Volkseinheit gegen den äußeren Feind herstellen half. ... Die Politik des Durchhaltens müßte ... ein Ziel sein, in dem sich die verschiedenen Richtungen zusammenfinden könnten. ... Der Popanz der „Annektion“, der heute merkwürdigerweise gerade die revolutionärsten Gemüter schreckt, darf für Deutschlands Lebensnotwendigkeiten, für die Sicherungen eines langen Friedens, nicht den Blick trüben. Vor allem nicht im Interesse der Arbeiterschaft. Gewerkschaftsführer, wie Sebering und Jansson, haben das bereits ausgesprochen, und man darf hoffen, daß diese Einsicht auch sonst auf der Reichskonferenz vertreten sein wird.“

Nach dieser orientativen Verbrüderung mit Sebering und Jansson ist es nur natürlich, daß das Blatt seinen Artikel mit einer Kampfanfrage an die Arbeitsgemeinschaft schließt:

„Für die Durchsetzung der so dringend notwendigen Neuorientierung im Inneren ist eine starke geschlossene Linke eine unbedingte Voraussetzung. Gleichwohl muß der Teil der Linken scharfe Bekämpfung erfahren, der, wie jetzt die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die siegreiche Durchführung des Krieges gefährdet.“

Mit diesem offenerzigen Geständnis rückt die „demokratische“ (lang, lang ist's her!) „Berliner Volkszeitung“ auf eine Linie mit dem „parlamentarischen Mitarbeiter“ der „Post“, der zwar Scheidemann und Genossen als „vollwertige Staatsbürger“ anerkennen will, aber Bernstein und Genossen aus der deutschen Staatsgemeinschaft „ausschließt“ und diesen räudigen Schafen eine „entsprechende Stellung des Staates und der staatsbehaltenden Parteien“ ankündigt.

Die „Times“ gegen das neue griechische Kabinett.

London, 19. September. (W. Z. V.) Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel über Griechenland: Die Krise ist mit der Ernennung eines theokratischen Kabinetts, das natürlich eine antivenetianische Politik machen wird, und möglicherweise probenisch ist, beendet. Kalogeropoulos hat unserem Athener Korrespondenten versichert, daß seine eigenen Sympathien alle auf Seiten der Entente seien. Worte sind im Augenblick nitrgends billiger als in Griechenland, die Entente verlangt aber Kalen. Anderen Journalisten hat der Ministerpräsident gesagt, daß er gegenüber der Entente eine sehr wohlwollende Neutralität beobachten und die griechische Politik in Uebereinstimmung mit den Ereignissen leiten wird. Das klingt bedenklich; es sieht ganz danach aus, als ob ein neuer Versuch gemacht werden soll, auf die Langmut der Entente zu spekulieren. Die Ernennung eines prodeutschen Kabinetts, das die Wahlen leiten soll, von denen die nächste Zukunft Griechenlands abhängig ist, kann nicht anders erklärt werden. Die schändliche Desertion des vierten Armeekorps und andere Umtriebe, die nicht alle auf griechisches Gebiet beschränkt blieben, scheinen darauf hinzuweisen, daß man in gewissen Kreisen glaubt, mit der Entente noch spielen zu können. Die Griechen sind ein äußerst demokratisches Volk, aber sie werden wahrscheinlich nicht den Wert des Königtums verstehen, die Souveränität werden es auf jeden Fall verteidigen. Wenn aber ein ruchloser Versuch unternommen wird, den Einfluß des Fürsten über die Grenze, die die griechische Verfassung ihm stellt, auszubreiten, und die festgelegten Rechte der Untertanen zu beeinträchtigen, dann würden die Schutzmächte verpflichtet sein, zu zeigen, daß ein solcher Versuch nicht ungestraft unternommen werden kann.

Das 4. griechische Armeekorps in Görlich.

Als Unterkunftsort für das 4. griechische Armeekorps, das die deutsche Heeresleitung um Schutz und Unterkunft ersucht hatte, ist Görlich bestimmt worden.

Dazu wird der „Post. Ztg.“ aus Görlich depechiert: Die Mannschaft, etwa 6000 Mann, wird in dem Lager an der Reusen Kaserne, die zu diesem Zweck eingerichtet wird, untergebracht werden. Die Offiziere, etwa 400, werden in der Stadt in möblierten Zimmern und Gasthöfen untergebracht. Sie können sich, ebenso wie die Mannschaft, frei in der Stadt bewegen. Es ist eine größere Empfangsfeierlichkeit in Aussicht genommen.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. September. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Hellasfront haben wir feindliche Batterien wirksam bekämpft und ein feindliches Munitionslager in die Luft fliegen lassen. Feindliche schwere Artilleriefeuer blieb wirkungslos, obwohl es durch Flugzeugbeobachtung geleitet wurde. Wir warfen eine feindliche Abteilung, die auf das Gebiet von Censaye kam, in ihre Ausgangsstellung zurück.

An der persischen Front warfen wir am 18. eine Schwadron feindlicher Kavallerie zurück, die sich dem Dorfe

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. September 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfelde an der Somme keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. Einzelne feindliche Vorstöße wurden abgewiesen. Wir hatten bei Fiers im Handgranatenangriff Erfolge. Nachträglich ist gemeldet, daß am 18. September abends ein französischer Angriff aus Cléry heraus abge schlagen wurde.

Heeresgruppe Kronprinz.

Am Westhange des „Toten Mannes“ wurden die Franzosen aus einem kleinen von ihnen noch gehaltenen Grabenstück geworfen. 98 Gefangene und 8 Maschinengewehre fielen dabei in unsere Hand.

Unsere Patrouillen haben in der Nacht zum 19. September in der Champagne bei erfolgreichen Unternehmungen 46 Franzosen und Russen, heute Nacht südlich des Rhein-Rhone-Kanals eine Anzahl Franzosen gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Luck gegenüber den Truppen des Generals von der Marwitz kam die Wiedererlangung der feindlichen Angriffe am Tage nur teilweise zur Durchführung, während an den meisten Stellen die russische Infanterie auch durch das auf sie gerichtete Feuer der russischen Artillerie nicht zum Verlassen ihrer Gräben zu bewegen war. Erst abends und nachts brachen Angriffe in starken Wellen vor und wurden wiederum unter größten Verlusten gescheitert. Vorübergehend bei Szelmow eingedrungener Gegner ist restlos zurückgeworfen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

An der Karajowka ging der für uns günstige Kampf weiter. Starke feindliche Angriffe wurden abge schlagen.

In den bereits verschnittenen Karpathen dauern die russischen Angriffe an. Der Feind hat einzelne Teilerfolge erreicht.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Die Rumänen sind über den Szurdulpas zurückgeworfen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Dobrußja spielten sich heftige wechselvolle Kämpfe ab. Mit eiligst herbeigeführten Verstärkungen leistet der Feind in seiner Stellung den zähesten Widerstand.

Mazedonische Front.

Bei Florina und am Rajmalcalan wurden feindliche Angriffe, zum Teil nach Rahlampf, zurückgeschlagen; westlich von Florina wichen Vortruppen dem Stoß aus. Ostlich der Stadt wurde der Gegner mit Erfolg überraschend angegriffen.

Hazine, 35 Kilometer nördlich Devlet Abad näherte. Feindliche Erkundungsabteilungen, die sich unseren Vorposten näherten, wurden in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Durch überraschenden Angriff zerstreuten wir eine feindliche Schwadron, die in der Gegend von Hassur Koj lag. Wir warfen den Feind, der in die Drißchaft Kereszi, 80 Kilometer östlich Vidjar, eingedrungen war, hinaus und besetzten die genannte Drißchaft. Aus übereinstimmenden Gefangenausagen geht hervor, daß in den vorhergehenden Kämpfen von Essad Abad und Samadan die Russen ungefähr 8000 Mann verloren haben, und daß eins ihrer Geschütze und eins ihrer Automobile zerstört wurden.

An der Kaukasusfront Scharmügel, Artillerie-zweikampf und Gewehrschüsse. Eine Räuberbande, die von unseren Feinden gebildet worden war und unter ihrem Schutze stand, landete am Ufer bei Jenike und wurde mit Verlust für sie verjagt. Fünf Frauen und 13 Männer der feindlichen Bevölkerung wurden getötet und sieben andere verwundet. Der Angriff, den wir gegen Kanli Aba südlich Jpili Burum ausführten, war ebenso wie der gegen Djabal Aba westlich von Aibali von Erfolg gekrönt. Wir brachten drei stehende feindliche Segler mit ihrer Besatzung durch unser Artilleriefeuer zum Sinken, nahmen einige Gewehre und machten Beute. Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 19. September nachmittags. (W. Z. V.) An der Somme front behinderte schlechtes Wetter die Operationen. Im Laufe der Nacht machten wir einige Fortschritte östlich von Berny und brachten Gefangene ein. In der Champagne nahm das deutsche Bombardement auf unsere Stellungen östlich und westlich der Straße Souain—Somme Py an Stärke zu. Am späten Abend folgten mehrere deutsche Angriffsversuche besonders im russischen Abschnitt, wo fünf aufeinanderfolgende Angriffe unternommen wurden. Ueberall hielt Sperr- und Maschinengewehrfeuer die Stürmenden an und sagte ihnen schwere Verluste zu. Einige Gefangene blieben in unserer Hand.

Auf dem linken Ufer der Maas schickte ein deutscher Handstreich auf die gestern von uns eroberten Schützengräben an den Südhängen des Toten Mannes vollständig. Westlich Pont-a-Mousson wurde eine deutsche Abteilung, die sich unseren Stellungen bei Hiltz zu nähern versuchte, durch Gewehrfeuer zerstreut.

Orientalarmee: An der Strumafront keine Veränderung. Am Fuß der Veselsberge lieferten die Italiener den Bulgaren in der Gegend von Sboroj lebhaften Kampf. An der serbischen Front heftiges Geschützfeuer auf beiden Seiten. Zwei bulgarische Gegenangriffe wurden im Abschnitt Vetrant durch das serbische Geschützfeuer zurückgeschlagen. Auf dem linken Flügel versuchte der Feind keine Gegenaktion in der Richtung auf Florina.

Vom 19. September abends. (W. Z. V.) Schlechtes Wetter hat die Kampfhandlungen auf den größten Teil der Front behindert. Es ist nichts zu melden außer bedeutender Artillerietätigkeit auf den beiden Ufern der Somme und auf dem rechten Ufer der Maas im Abschnitt von Fleury, Vaug und dem Chapitre-walde.

Südsüdlich der Belostica Planina haben die Bulgaren am 17. September die Italiener aus den Dörfern Ratnica und Boroj geworfen und 5 Offiziere 250 Mann gefangen genommen.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Erneute Fliegerangriffe auf englische Seestreitkräfte.

Berlin, 20. September. (W. Z. V.) Amtlich. Deutsche Seeflugzeuge griffen am 19. September nachmittags wiederum die vor der flandrischen Küste stehenden feindlichen Streitkräfte mit Bomben an und erzielten auf einem Zerstörer einwandfrei mehrere Treffer. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 20. September 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Die Rumänen wurden südlich von Hatzeg (Höping) vollständig vertrieben; Petrofenz und der Szurdul-Pas sind wieder in unserer Besitz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpathen setzt der Gegner seine Angriffe mit größter Tätigkeit fort. Südlich des Gebütes Luzina und südlich von Byrjec errang er örtliche Vorteile; sonst schlugen wir ihn überall zurück.

Südlich von Lipnica Dolna versuchte der Feind vergeblich dem Fortschreiten des deutschen Gegenangriffes durch Massenstöße entgegenzuarbeiten.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei der Armee des Generalobersten von Terzkyhand wurden tagsüber russische Angriffsversuche im Keime erstickt; abends trieb der Feind zwischen Pufomich und Szelmow tiefgegliederte Massen gegen die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen des Generals v. d. Marwitz vor; sie wurden überall geworfen. Heute früh erneuerten die Russen ihre Anstürme. Es gelang ihnen, bei Szelmow an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen, rasch einsetzende Gegenangriffe zwangen den Feind aber wieder zum Weichen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das italienische Geschützfeuer gegen die Karsthochfläche war zeitweise wieder sehr lebhaft. Angriffsversuche der feindlichen Infanterie kamen dank unserer Artilleriewirkung nicht zur Entwicklung. Die nun fehlte, hatten die Verteidiger der Hochfläche in den vierzehntägigen schweren Kämpfen zwanzig Infanteriebrigaden, eine Kavalleriedivision und etwa fünfzehn Bergjägerbataillone gegenüber. — Im Sugana-Abschnitt griffen die Italiener unsere Stellungen auf dem Civaron und am Raso-Bach an. Sie wurden nach heftigem bis Mitternacht währenddem Kampfe unter großen Verlusten vollständig zurückgeworfen.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Belgischer Bericht. Nach einer ruhigen Nacht hat die Artillerietätigkeit im Laufe des 19. nach und nach an mehreren Punkten der belgischen Front zugenommen, insbesondere haben südlich von Dignunde belgische Batterien den Geschützen des Gegners heftig geantwortet.

Die englische Meldung.

Vom 19. September. (W. Z. V.) Die allgemeine Lage ist un verändert. Südlich der Ancre herrscht beträchtliche Tätigkeit. Ein örtlicher Angriff auf unsere Schützengräben östlich von Martinpuich wurde leicht abgewiesen. Ein feindlicher Wallon wurde bei Hensart durch Geschützfeuer heruntergeholt. In der Nachbarschaft des Hägels 60 wurde ein feindliches Munitionslager durch unser Feuer zur Explosion gebracht.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 19. September nachmittags. (W. Z. V.) Westfront: In der Gegend von Wladimir Wolhynel bei Dubno griff der Feind eine unserer vorgeschobenen Kommandos an. Wir wiesen den Angriff mit Maschinengewehren zurück. Mehrere lebende Schützen dieses Kommandos unter Befehl des Feldwebels Krawitsch machten einen Gegenangriff auf die Deutschen, machten eine Anzahl mit dem Bajonett nieder, nahmen einen Mann gefangen und zerstreuten die anderen. Krawitsch wurde schwer verwundet. In der Gegend westlich Brody griffen Aufklärungsabteilungen der Jäger nachsichtweise, ohne einen Schuß zu tun, einen feindlichen Vorposten an, töteten zwanzig Mann im Bajonettkampf und nahmen einen Offizier und zwölf Soldaten gefangen. In der Gegend des Flusses Karajowka werden die erbitterten Kämpfe fortgesetzt. Wir wiesen alle Angriffe des Feindes mit großen Verlusten für ihn zurück. In diesen Kämpfen vom 19. September wurden der tapfere Regimentskommandeur Gubin und der Oberleutnant Semitschew getötet. In den Karpathen besiegten wir in der Gegend Szubeni (18,5 Kilometer südwestlich von Jabre) und am Pnewic-Berge (30 Kilometer nordöstlich vom Capul) mehrere Höhen. Das Gebirge ist mit dickem Nebel bedeckt, es fällt Schnee.

Kaukasusfront. Unsere vorgeschobenen Abteilungen besetzten nach Kampf gegen die Türken einen Punkt nabe der Brücke über den Halpantisch (?) nabe Kuribschon (?) nördlich Samadan.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 19. September. (W. Z. V.) Western überzog die Artillerietätigkeit. Die feindliche Artillerie war sehr tätig gegen unsere Stellungen auf der Jung im Lagarinateale und östlich des Masobades. Im Suganertal stellte man auf der Seite des Gegners ausgedehnten Gebrauch von Granaten fest, die erstickende Gase erzeugen. Wir konnten ihre Wirkungen unschädlich machen. Unsere Artillerie beschloß die feindlichen Stellungen nordöstlich des Gauriol (Ziemmetal) im Trabanzestäl (Voite) und beschloß mehrere Male die Eisenbahn im Drauzal. Geringe Infanterietätigkeit auf den Abhängen des Monte Jebio (Hochfläche von Schleggen), auf der wir einen Angriffversuch zurückschlugen, und im Trabanzestäl, wo eine unserer Gruppen sich eines feindlichen Unterstandes bemächtigte und einen Bombenwerfer, Waffen und Munition erbeutete. Auf dem Karst schlugen wir in der Nacht vom 17. zum 18. einen heftigen feindlichen Angriff gegen die von uns am Tage auf der Höhe 114 nordöstlich von Montalfone genommenen Stellungen ab. Unsere Truppen sind eifrig damit beschäftigt, die erreichten Linien zu verstärken und zu erweitern. Auf der ganzen Front von der Wippach bis zum Meer dauert der Artilleriekampf an. Ein feindliches Flugzeug warf Bomben in das Vanoital (Gisonbach, Brenta) in die Nähe eines Hospitals vom Roten Kreuz, das deutliche Neutralitätsabzeichen trug. Es sind keine Opfer zu beklagen.

Cadorna.

Rumänischer Bericht.

Com 19. September. (W. L. V.) Nord- und Nordwestfront: An der ganzen Front Kämpfe von geringer Bedeutung, außer im Streik-Zal, wo der Feind und mit überlegenen Kräften angriff und uns zwang, ein wenig zurückzugehen.

Südfront: Längs der Donau Gewehrfeuer. In der Dobrudscha griff der Feind in der Nacht zum 18. September zweimal in der Richtung auf Enigea an, wurde aber zurückgeworfen. Der Kampf dauert an.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 19. September. (W. L. V.) Lloyd's meldet, daß die britischen Dampfer „Dewa“ (3802 Br. R. T.) und „Lord Tredegar“ (3856 Br. R. T.) versenkt wurden.

Kopenhagen, 19. September. (W. L. V.) Der dänische Dampfer „Beta“ hat auf seiner letzten Reise von Oporto nach Kopenhagen im Kanal die Besatzung des englischen Dampfers „Lagun“ aufgenommen, der, wie bereits gemeldet, von einem deutschen U-Boot torpediert worden war, und sie in Dover gelandet. Die Offiziere des U-Bootes hatten den Kapitän des Dampfers „Beta“ auf die englische Besatzung aufmerksam gemacht, als dieser von dem U-Boot angehalten und untersucht wurde. „Lagun“ war mit Stützgut auf der Reise von Oporto nach London gewesen.

Kopenhagen, 19. September. (W. L. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Bergen: Die Besatzung des Bergener Dampfers „Hyderhorn“, der in der Nacht von Vischoya von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, ist heute in Bergen eingetroffen. Sie berichtet, das U-Boot hatte am gleichen Tage noch ein französisches Segelschiff und einen spanischen Dampfer versenkt.

Briand will keinen „Kriegsfrieden“.

Paris, 19. September. (W. L. V.) (Sachmeldung.) Deputiertenkammer. Im Laufe der Beratung über die provisorischen Kredite

forderte der sozialistische Abgeordnete Roug Co. Kadau die Regierung auf, bestrebt zu sein, die Einheit der Kräfte zu bewerkstelligen, wie im Sommer die Einheit der Front bewerkstelligt wurde. Er betonte, Frankreich könne nicht das Blut aller seiner Kinder geben, die Alliierten müßten auch die notwendigen Opfer bringen.

In seiner Erwiderung auf die Ausführungen des sozialistischen Redners rühmte

Briand

die Anstrengungen der Alliierten, sich den Sieg zu sichern. Die Forderung, ein Land müsse seine Anstrengungen zu denen eines anderen in das rechte Verhältnis setzen, schließe einen ungerechten Tadel ein. Briand sagte, England spiele nicht nur eine ruhmvolle Rolle in Frankreich, sondern es schließe auch in so nächster Weise die Meere. Unter großen Schwierigkeiten habe England eine furchtbare Armee aufgestellt. Aus freien Stücken, so führte Briand aus, sind die Engländer mit ihrer ganzen Loyalität in den Krieg eingetreten. Sehen Sie die Zahl ihrer Verluste, und beurteilen Sie danach ihre ständige Anstrengung. Was Italien betrifft, so kam es freiwillig zu uns. Sie wissen, mit welcher bewundernswürdigen Mut und unter welchen schwierigen Verhältnissen es in einem gebirgigen Lande für die gemeinsame Sache kämpft. (Weifall.) Die Russen haben trotz der Transportbeschwerden die Welt durchquert, um ihren brüderlichen Armeen in Frankreich und auf dem Balkan zu Hilfe zu kommen. Wir alle vereinen unsere Anstrengungen gegen den gemeinsamen Feind. Wir müssen alle unsere Hilfsmittel, alle unsere Kräfte und unser Geld vereinen und dafür wollen wir arbeiten, denn wir alle sind aus ganzem Herzen dem Vaterland zu Hilfe gekommen. Was ganz Frankreich heute will, ist, daß soviel Blut nicht vergebens vergossen wird, daß Frankreich vergrößert hervorgeht, daß es beweist, daß die Sache der Freiheit triumphiert und daß es morgen den Straßentanz des Ruhmes erlangt, den es verdient. Das Land ist durch feinste Propaganda irregeführt. Es hat seinen Blick auf den Sieg gerichtet, es will ihn beschleunigen, und zu diesem Zweck gibt es Kanonen, Menschen, Geschosse mit festem und erhabenem Herzen und mit unerschütterlichem Mute. (Weifall.)

(Der Sozialist Brizon erhob in einem Zwischenruf Einspruch gegen die Vereinerung des Krieges, der soviel Menschenopfer koste.)

Briand erwiderte, Frankreich, das nicht aufgehört habe, friedliche Gefühle kundzugeben, sei einem langsam vorbereiteten Angriff zum Opfer gefallen. Briand fuhr fort: Eines Tages sprang ihm Deutschland an die Gurgel, und um es zu erreichen, schritt es über den Körper des kleinen Belgien, dessen Neutralität es einstmalig verbürgt hatte. Seit zwei Jahren erträgt Frankreich den Eindringling, es drängt ihn Fuß um Fuß zurück — und Sie sprechen in diesem Augenblick von Frieden! Welche Herausforderung, welche Schmach für das Gedächtnis all unserer Toten! In mehrere unserer Departements sind die Deutschen einmarchiert und begehnen dort schändliche Ausschreitungen gegen die Bevölkerung, die indessen eine bewunderungswürdige Haltung bewahrt, und in dem Augenblicke, wo sie gespannt auf die Geschüsse der Befreiung horcht, sagen Sie, wir wollen Frieden schließen. Sie kennen den Ekelmut Frankreichs nicht und glauben, daß es um den Preis feindlicher Milliarden einen sofortigen Frieden annehmen könnte. Das würde ein Kriegsfriede sein. Die künftigen Generationen würden fortwährend drohenden Angriffen ausgesetzt sein, Deutschland würde suchen, den schlechten Streich zu wiederholen, der ihm diesmal nicht geglikt ist. Ja, Geld ist jeden Tag verloren worden, aber während 44 Jahren hat Frankreich mit der Wunde in der Seite gearbeitet und sich wieder erholt. Es wird sich um so besser erholen, je vollständiger es finanziert ist. Wenn Sie wollen, daß Friede in der Welt herrscht, daß Gerechtigkeit blüht, so wünschen Sie den Sieg Ihres Landes. Nur dann wird der Friede kommen. Bis dahin suchen Sie nicht das Land glauben zu machen, daß es ihn jetzt erlangen könnte. Denn ein Friede von heute würde ein erniedrigender Friede sein und kein Friede, den man wünschen kann. (Langanhaltender Weifall auf allen Bänken.) Die Kammer beschloß den Anschlag der Rede Briands.

Zur Haltung der französischen Parteimehrheit.

Laut einem Basler Telegramm der „Frankf. Ztg.“ vom 18. d. M. hat die sozialistische Fraktion der französischen Deputiertenkammer am Donnerstag in der Erwartung der von Briand zu verlesenden Regierungserklärung über einen Antrag Rouger beraten, der verlangt, daß die Fraktion im Anschluß an diese Regierungserklärung den Ministerpräsidenten Briand über die Kriegsziele der französischen Regierung interpellieren solle. Rouger berief sich dabei auf die Beschlüsse des letzten sozialistischen Nationalrats, die die Vertretung der Partei im Parlament verpflichtete, von der Regierung Erklärung über die Kriegsziele Frankreichs zu verlangen. Der Antrag Rouger führte in der Fraktionsitzung vom Donnerstag zu einer langen und heftigen Debatte. Der Führer der Regierungssocialisten Renaudel und der Minister Sembat bekämpften ihn nachdrücklich. 10 Mitglieder der Partei traten für ihn ein. Die Fraktion beschloß, den Antrag auf Herbeiführung einer Interpellationsdebatte abzulehnen und die Erörterung über die Frage,

wie die Regierung zu einer Neuherung über ihre Kriegsziele gebracht werden kann, zunächst um 14 Tage zu verschieben. Es ist bezeichnend für die Haltung der französischen Parteimehrheit, daß die „Humanité“ jede Mitteilung über den sachlichen Inhalt der Verhandlungen in der Fraktion ihren Lesern vorenthält.

Eine Organisation der französischen Minderheit.

Die französische Minderheit, die sich während der letzten Tagung des französischen Nationalrats innerlich gefestigt hat, und deren Haltung sich derjenigen der Zimmerwalder Gruppe gegen früher beträchtlich näherte, hat jetzt eine eigene Organisation geschaffen. Sie hat ein Propagandakomitee ins Leben gerufen, dem folgende Genossen angehören: die Abgeordneten Jean Longuet und Olivier Deguise, Johann Alexandre, Paul Faure, Gourdeauz, Jeanne Halbwegs, Maurin, Rouret, Marianne Rauze, Berseuil, Delépine (Sekretär), Parmentel (Kassierer).

Man erinnert sich, wie der Minorität auf dem letzten Nationalrat vorgeworfen wurde: ihr seid ja gar keine geschlossene und organisierte Minorität, ihr seid mehrere Minoritäten, aber kein einheitliches Gebilde. Nun bringt die Minderheit zur Ausführung, was man ihr damals nahelegte. Den Ausschlag gab wohl die Verweigerung einer angemessenen Vertretung in der permanenten Verwaltungskommission. „Populaire“ schreibt: „Ihr verweigert und permanente Delegierte; wir werden permanente Delegierte haben, und wir werden, auch wir, unsere kleine Tour durch Frankreich machen. Ihr schließt uns die „Humanité“ der „Populaire“ wird leben und wachsen. Er hat Ehrgeiz und Kühnheit. Er verlangt nichts von euch. So wird die Minderheit stolz und stark ihren Weg verfolgen.“

In jeder Föderation wird ein Genosse Unterschriften entgegennehmen und Mitgliedsarten verteilen. Der Mindestbeitrag ist 2 Francs pro Jahr.“

Es soll jedoch die Parteieinheit aufrechterhalten werden. Die Minderheit will nur die Möglichkeit, für ihre Ideen Propaganda zu machen.

„Auf dem nächsten Kongreß werden wir das Resultat erhalten, das wir verdient haben werden, und wir werden die offizielle Mehrheit sein, wie wir schon die effektive Mehrheit sind.“

Das Propagandakomitee hat seine öffentliche Tätigkeit begonnen; trotzdem hört man kein hysterisches Geschrei über „Sonderbündelei“ und „Sprennung der Partei“, da die Gegenseite offenbar einsehen, daß man durch Vergewaltigung und Aechtung der Minderheit die Einheit der Partei nicht fördert, sondern gewaltsam untergräbt.

Die deutsche Minderheit nach dem Begriff des Unteroffiziers Goldschagg.

Die „Humanité“ teilt mit, daß sich unter den Gefangenen der letzten Kämpfe an der Somme auch der Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ Goldschagg befunden habe. Einer der französischen Genossen habe Gelegenheit gehabt, sich mit ihm bald nach seiner Gefangennahme zu unterhalten. Dabei habe sich erwiesen, daß Goldschagg fest davon überzeugt ist, daß Deutschland nicht die geringste Verantwortung für den Krieg trage und daß die Verletzung der belgischen Neutralität eine Notwendigkeit gewesen sei.

Das sei nicht weiter überraschend, wenn man in Betracht ziehe, daß die „Chemnitzer Volksstimme“ das „hauvinistische Organ der ganzen sozialdemokratischen Presse“ sei, dessen Chefredakteur die Notwendigkeit von Annexionen proklamierte.

Interessanter war es ohne Zweifel, das Urteil des sozialdemokratischen Unteroffiziers in bezug auf die Opposition, die sich im Schoße seiner eigenen Partei gebildet hat, kennen zu lernen. Hier einige seiner Urteile:

„Es ist schwer, Liebste, ernst zu nehmen!“

„Versteht, mein Gott, hat ein wenig gealtert.“

Man stelle ihm endlich diese Frage: Hat sich die sozialistische Minderheit die Majorität und gegen die Regierung gerichtet, weil sie die Verantwortlichkeiten des Reiches gelangt hat und die Gefahr, die der deutsche Sieg der Freiheit der Welt bringen würde? Er antwortete folgendermaßen: Nein. Die Minderheit — mit wenigen Ausnahmen — hat eine einfachere Begründung. Nach ihrer Ansicht genügt es zu denken, daß der Krieg das Resultat der kapitalistischen Antagonismen ist, um sogleich den Schluß zu ziehen, daß die Arbeiterklasse sich zu seiner Fortsetzung entgegenstellen muß. — Sie stellen infolgedessen die Arbeiterklassen aller kriegsführenden Länder auf dieselbe Linie? — So ist es!

Die „Humanité“ vergißt, hinzuzufügen, ob sie von den Ausführungen des Unteroffiziers Goldschagg überzeugt worden ist; und das ist schade. (z)

Die italienische Partei gegen die Regierung

Einem Telegramm der „Morgenpost“ zufolge beschloß die soeben in Bologna stattgefundene Tagung der sozialistischen Kammerfraktion und der Parteileitung Italiens, in der Opposition gegen die kriegerische äußere und reaktionäre innere Politik der Regierung zu verharren und an der internationalen Solidarität festzuhalten.

Ein weiteres Telegramm der „Voss. Ztg.“ meldet:

Bei der Sozialistenversammlung in Bologna wurden über die internationale Politik und Wirtschaftspolitik Beschlüsse gefaßt, deren Wiedergabe im „Avanti“ gedruckterweise geschieht ist. Hervorzuheben ist die Tagesordnung des Abgeordneten Mazzoni, die sich mit der inneren Wirtschaftslage Italiens beschäftigt und besonders die Angelegenheit ungebauten Landes erörtert. Die sozialistische Parlamentsgruppe und die Parteileitung haben hervor, daß durch die Rücksicht gegen die Grundbesitzer, die ihre Felder ungebaut und vernachlässigt lassen, ein direktes Attentat gegen die Interessen der arbeitenden Klassen und die allgemeinen Interessen des Landes begangen wird.

Ein Sieg der Verbündeten ebenso unheilvoll, wie ein solcher der Zentralmächte

Stockholm, 19. September. (Z. U.) Der italienische Sozialist Morgari, Sekretär der sozialdemokratischen Partei seines Landes, hält sich augenblicklich in Stockholm auf, um mit allen nach Frieden strebenden Kräften in Verbindung zu treten. Zu gleichem Zweck wird er auch nach Christiania und dem Haag reisen. Morgari war von Anfang an gegen ein Eingreifen Italiens. Dem Vertreter von „Dagbladet“ gegenüber betonte er, er glaube zwar, daß die Zentralmächte den Weltkrieg entfesselt hätten, doch hätten die Westmächte durch ein Zusammengehen mit dem zaristischen Rußland alle Rechte verloren, als Verfechter des Rechtes der Volkselfreiheit und der Demokratie aufzutreten. Frankreich, so erklärte er, will zum Beispiel nichts von einer Volksabstimmung in Elsch-Lothringen hören und die Westmächte haben den von Rußland unterdrückten Völkern keinerlei Garantien gegeben. Ein großer Sieg der Verbündeten würde unter solchen Umständen ebenso unheilvoll für die Welt sein wie ein großer Sieg der Zentralmächte.

Der gefährliche „Labour Leader“.

Amsterdam, 20. September. (Z. U.) Nach Meldungen aus London ist der „Labour Leader“ von der englischen Regierung nicht verboten, wie man hier glaubt. Das Blatt erscheint weiter, es darf jedoch nicht mehr nach dem Festlande ausgeführt werden. Der Grund hierfür ist, wie namens der Regierung im Parlament ausgeführt wurde, darin zu suchen, daß die Deutschen den „Labour Leader“ zum Schaden der englischen Interessen verwandt haben sollen.

Das holländische Budget.

Haag, 19. September. (W. L. V.) Das Budget für 1917 sieht 800 000 Gulden vor als erste Ausgabe für den Bau von drei Unterseebooten, von denen jedes eine Million Gulden kosten soll, und von Minenlegern, für die 700 000 Gulden vorgesehen sind. Die Gesamtausgaben für 1917 werden auf 300 Millionen veranschlagt. Zur Deckung der Unterbilanz der gewöhnlichen Ausgaben, die ungefähr 4 Millionen beträgt, soll eine Zuschlagsteuer von 10 Prozent auf Vermögen und Einkommen erhoben werden; die Einnahme hieraus wird auf 3 Millionen geschätzt.

Die Lehren der Balkankriege.

Ein wohlunterrichteter englischer Diplomat hat im vorigen Jahre ein umfangreiches Geschichtswerk unter dem Titel „Nationalismus und Krieg im nahen Orient“ (Nationalism and War in the Near East, By a Diplomatist, Oxford 1915) herausgegeben, in dem er die Zusammenhänge zwischen der Balkanpolitik und der Rivalitätspolitik der europäischen Großmächte an der Hand eines reichhaltigen Materials untersucht.

Die „Internationale Rundschau“ (Art. Institut Dreil. Fühl, Zürich) hat in ihrem August- und ersten Septemberheft die leitenden Gedanken dieses Werkes einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Von besonderem Interesse sind die Schlüsse, zu denen der englische Diplomat auf Grund seiner Untersuchung gelangt. Abschaffung der Geheimdiplomatie und demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik sind die Forderungen, die er ausstellt und zu denen ihm die Balkanpolitik, die bekanntlich die Duvetüre zum Weltkrieg bildete, ungemein reichhaltiges Material geliefert hat. (z)

Verbot des „Nasche Slowo“.

Ein Telegramm des „Berliner Tageblattes“ aus Lugano meldet das Verbot des russischen sozialdemokratischen Tagesblattes „Nasche Slowo“ in Paris. Das Blatt, dessen Vorgänger „Golos“ im vorigen Jahre von den Behörden unterdrückt wurde, erschien unter der Redaktion des Genossen R. Trotski und vertrat mutig und konsequent den Zimmerwalder Standpunkt, allerdings mit stichtlicher Bevorzugung der Zimmerwalder Linien. Angeblich wurde das Blatt wegen seiner Kriegseindlichkeit unterdrückt. Von dieser Gesinnung hat aber weder „Nasche Slowo“ noch sein Vorgänger „Golos“ jemals ein Hehl gemacht, und sein Verdienst bestand eben darin, daß es, auf dem Boden des unverfälschten Internationalismus stehend, die Kriegsideologie in Frankreich genau so bekämpfte hat, wie es seine Gesinnungsgenossen in den andern Ländern getan haben. Was nun auch der besondere Anlaß zum Verbot des „Nasche Slowo“ gewesen sein mag, unverständlich bleibt es auf jeden Fall, wie die drei sozialistischen Minister im Kabinett eine solche Maßnahme zulassen konnten. Wenn Quعدة, Sembat und Thomas sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, das Verbot gebilligt zu haben, weil „Nasche Slowo“ die französische Mehrheit bekämpfte, so werden sie gut tun, dafür zu sorgen, daß das Verbot schleunigst rückgängig gemacht wird.

Englische Interventionsabsichten in Südhina?

„Njetich“ meldet, laut einem Stockholmer Telegramm des „Berliner Tageblattes“: Der englische Gesandte in Peking überreichte der chinesischen Regierung anlässlich der inneren Unruhen eine Note, in der die Wiederherstellung vollständiger Ordnung in Kanton verlangt wird. Anderenfalls würden englische Truppen nach Kanton übergeführt und Kanton für neutral erklärt werden.

Diese Meldung befähigt blühartig die Situation im fernem Osten. Japan ist bekanntlich nach Abschluß seines Bündnisses mit Rußland besonders eifrig am Werke, seine Einflusssphäre in China zu erweitern und sich neue Stützpunkte für die Beherrschung des „Reiches der Mitte“ zu verschaffen. Nach der Abgrenzung der „Interessensphären“ mit Rußland hat Japan hierbei ziemlich freie Hand gehabt, da es in letzter Zeit nur auf papierne Proteste der Vereinigten Staaten stieß, die um das Schicksal der „freien Tür“ in China besorgt sind. Nun zeigt aber die Note des englischen Gesandten in Peking, daß England nicht gewillt ist, dem Vordringen Japans, das die englische Stellung in Mittel- und Südhina bedroht, untätig zuzusehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die englische Note weniger eine Warnung an China, als eine lautm verbüllte Drohung an Japan, sich ihm gegebenenfalls mit bewaffneter Macht in den Weg zu stellen.

Die australischen Arbeiter gegen die allgemeine Wehrpflicht.

London, 16. Sept. (W. L. V.) Die „Times“ meldet aus Melbourne vom 15.: Es ist seit Wochen bekannt, obwohl die Zeitungen strengstens Stillhaltegebot gewahrt haben, daß der Premierminister Hughes in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht mit einer entschiedenen Opposition der Arbeiterpartei innerhalb und außerhalb des Parlaments zu kämpfen hat. Der Rücktritt des Handelsministers Tudor steht damit im Zusammenhang. Die Mehrheit der Abgeordneten der Arbeiterpartei hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Frage einer Volksabstimmung unterworfen werden soll, aber sie beabsichtigt zugleich eine energische Agitation gegen die Einführung der Wehrpflicht zu unternehmen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 20. September. (W. L. V.) Der Vostpaktverkehr nach der Türkei wird wieder aufgenommen. Bis auf weiteres dürfen von einem Abfender täglich bis zu 20, bei bringendem Bedürfnisse höchstens 30 und bei Arzneimittelsendungen 50 Stück ausgeliefert werden.

London, 20. September. (W. L. V.) Nach dem „Daily Telegraph“ beziffert sich der Wert des amerikanischen Außenhandels in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres auf 880 Millionen Pfund Sterling. Die Ausfuhr beläuft sich auf mehr als 500 Millionen Pfund.

Manchester, 17. September. (W. L. V.) Die Seefahrtsgesellschaft hat dem „Manchester Guardian“ mitgeteilt, daß es den Bedingungen ihrer Konzeptionen widersprechen würde, deutsche und österreichische Schiffe 10 Jahre lang nach dem Kriege von der Benutzung des Kanals auszuschließen.

Chronik des Weltkrieges.

21. September 1914.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz Handgranaten- und Minenkämpfe.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz weiterer Vormarsch der deutschen Heeresgruppen.

Erneute russische Angriffe auf die österreichischen Stellungen von Luf wurden abgeschlagen.

Der russische Generalstabsbericht meldet, daß seit den letzten Tagen des August und im September in Westrußland von den russischen Truppen mehr als 70 000 Gefangene eingebracht worden seien.

21. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Bei den Kämpfen um Reims wurde der Ort Betheny genommen.

Der Angriff gegen die Sperrfortslinie südlich Verdun überschritt den Ostrand der vorgelagerten, vom französischen 8. Armeekorps verteidigten Côte Vorraine. Ein Ausfall aus der Nordostfront von Verdun wurde zurückgeschlagen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

Ein ganz „Objektiver“.

Von Otto Braun.

Nur kommt erst jetzt die letzte Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zu Gesicht, die einen Artikel von Kaliski: „Agitation oder wirkliche Arbeit in der Wirtschaftspolitik“ enthält. Ich habe weder Zeit noch Lust, auf die frauen Ansichten einzugehen, die dort über die sozialistische Wirtschaftspolitik offenbart werden; vielleicht findet sich dazu später einmal Gelegenheit.

Kaliski leistet sich aber in dem Artikel unter anderem auch einen persönlichen Angriff gegen mich wegen meiner im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel über die Kartoffelversorgung, der mich zu einer Juridikweisung zwingt.

Von der hohen Worte der Sachlichkeit und Sachverständigkeit aus schleudert Kaliski gegen mich den Vorwurf, ich hätte es für zweckmäßig gehalten, durch agitatorische Kraftleistungen in der Behandlung der Kartoffelfrage die Massen an die Fahne der Mehrheitspolitik zu fesseln und legt dann „sachkundig“ dar, daß an dem neuerlichen Kartoffelstand die Erzeuger schuldlos seien. Da das wenig, das er sachlich anführt, bereits in der „Deutschen Tageszeitung“ besser und ausführlicher zu lesen war und von mir im „Vorwärts“ bereits zurückgewiesen wurde, kann ich es mir ersparen, darauf eingehender zu antworten. Nur muß ich mich verteidigen gegen die Verdächtigung meiner Motive, die mich bei der Veröffentlichung der von ihm angegriffenen Artikel leiteten. Wenn Kaliski kein Verständnis dafür hat, daß die Empörung über den sich während des Krieges zum dritten Male wiederholenden Kartoffelstand einem Politiker die Feder in die Hand drücken kann, um in dem Bestreben, dem Wohle weiter Volkskreise zu dienen, auf die Abkehr von einer als verfehlt erkannten Preispolitik hinzuwirken, dann beneide ich ihn ob dieser ruhigen „Objektivität“. Dieser Mangel an Verständnis für die Entbehrungen der konsumierenden Bevölkerung gibt ihm aber nicht das Recht, mir, der ich mich dieses Mangels nicht erfreue, Motive zu unterstellen, die mir bei meinen Veröffentlichungen ganz fern gelegen haben. Ebenjowenig, wie ich mir herausnehme, zu behaupten, Kaliski lasse sich bei seinen Publikationen von dem Bestreben leiten, in der agrarischen Presse recht oft als „verständiger, objektiver Sozialdemokrat“ und als Kronzeuge für die agrarische Interessenpolitik zitiert zu werden, gewissermaßen den landwirtschaftlichen Produzenten bei ihrer Interessenvertretung die Steigbügel zu halten, ebenjowenig kann ich ihm das Recht einräumen zu so grundloser Verdächtigung der Motive, die mich bei meiner geringfügigen schriftstellerischen Tätigkeit leiten.

Uebrigens, wie oberflächlich und mit welchem warmem Verständnis für agrarische Interessen“ Kaliski die Frage der Lebensmittelversorgung behandelt, dafür bietet sein Artikel einen trefflichen Beleg. Patetistisch ruft er darin aus:

„Sollte, um nur ein Beispiel herauszugreifen, ein wirklich politisches Verantwortlichkeitsgefühl einen Politiker nicht davon abhalten, folgenden Satz niederzuschreiben: „Um sich den hohen Preis zu sichern, also von nattem Eigennutz getrieben, gab man viele Tausend Zentner Kartoffeln dem Verderben preis, nicht um den Städtern zu helfen, die jetzt nur den Geschmack der faulenden Kartoffeln haben und aus ihrem Stadtsäckel noch den Schaden bezahlen müssen“.

Diesen Satz, den ich als sachlich durchaus berechtigt aufrecht erhalte, habe ich in polemischer Abwehr der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben, die in der Ueberschwemmung der Städte mit zum Teil unangereiften Kartoffeln nur das Bestreben der Landwirte erblicken wollte, den Städtern zu helfen, jedes eigennützige Motiv weit abweis. Demgegenüber habe ich darauf verwiesen, daß selbst der agrarikonserervative Abgeordnete Arnstadt in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt hatte, daß die Kartoffelerzeuger die Städter mit dem Ueberfluß an Frühkartoffeln überflutet hätten, um sich den hohen Preis zu sichern. Gestützt auf diesen Sachverständigen erhebe ich den Vorwurf des Eigennutzes gegen die Kartoffelerzeuger, die die Städte mit Kartoffeln überfluteten. Kaliski wird mir schon gestatten müssen, daß ich die Sachkunde dieses agrarischen Sachwalters in diesem Falle höher einschätze als seine ruhige Objektivität und Sachverständigkeit.

Wenn ich mich auch nicht der Hoffnung hingabe, Kaliski in seinem sachkundigen Urteil über die Uneigennützigkeit der landwirtschaftlichen Produzenten zu erschüttern, so will ich ihn doch noch auf eine Bekanntmachung des Landrats von Reutemischel (Wosen) hinweisen, der in seinem Kreisblatt am 1. September dieses Jahres den Kartoffelerzeugern seines Kreises folgende Epistel las:

„Ich habe mit Bedauern wahrgenommen, daß unzählige Besitzer des Kreises in ganz überhafter Weise ihre noch ganz unreifen Kartoffeln auszuboden und den Kommissionären zur Verladung an die Bedarfsverbände übergeben. Anlaß zu diesem ganz sinnlosen Verfahren bieten den Besitzern nur die jetzt sehr hohen Kartoffelpreise. Auch diese bedauernswerte Geldsucht in dem uns aufgedrungenen schweren Kampfe um Sein oder Nichtsein auf das Schwerste in jeder Weise gebrandmarkt werden, so verständigen sich jene Gewinnjüchigen in ganz vater-

landsloser Weise an unserer nationalen, wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und leisten unseren Feinden in ihrem bestialischen Aushungerungsplane Vorschub. Denn unzählige Millionen Zentner Kartoffeln können mehr gewonnen werden, läßt man die Kartoffeln ausreifen, während bei unreifen Kartoffeln die Verluste doppelt sind. Die Ernte fällt geringer aus und für den Empfänger sind die Kartoffeln kaum oder gar nicht genießbar.“

Diese „bedauerliche Geldsucht“, die den „bestialischen Aushungerungsplänen“ unserer Feinde Vorschub leistet, hat, wie sachkundige Berichte aus allen Teilen des Reiches beweisen und wie ich selbst kürzlich auf dem Lande noch erfahren konnte, auch in anderen Kreisen unseres lieben Vaterlandes gewütet und ist zum Schaden der konsumierenden Volkskreise leider auch heute noch nichts ausgerottet, wie die Preistreiberereien auf dem Obst- und Gemüsemarkt jeden Tag von neuem beweisen. Daran ändert leider auch die Objektivität des für „wirkliche Arbeit in der Wirtschaftspolitik“ mit mehr Eifer wie Saufunde eintretenden Genossen Kaliski nichts.

Im übrigen möchte ich nur bemerken, daß die ganze Frage mit der Politik vom 4. August bitter wenig zu tun hat. In der Frage der Bekämpfung der Lebensmittelknappung gibt es in der Partei gottlob noch keine Mehrheit und Minderheit. Daß dieser Kampf mit allem Nachdruck geführt werden muß, darin ist sich die ganze Partei noch einig: trotz der Bemühungen von links und rechts, auch in dieser Frage Gegenätze in die Parteigenossen hineinzutragen.

Der Kern der Politik des 4. August ist das Bekenntnis zur Verteidigung des Vaterlandes, und zwar zur Verteidigung unseres Landes und Volkes sowohl gegen die Aushungerungs- und Niederringerungspläne der Engländer, wie gegen die rücksichtslosen Preistreiberereien der Lebensmittelieferanten, durch die die Volksernährung und die Widerstandskraft des deutschen Volkes und damit auch die Sicherheit unseres Landes auf das schwerste gefährdet werden.

Wer wie Kaliski in der Politik vom 4. August ein Bekenntnis zur agrarischen Interessenpolitik erblickt, steht der Mehrheit der Reichstagsfraktion und ihrer Politik ebenso fern wie jene Genossen, die der Arbeiterschaft Glauben machen wollen, eine Ablehnung der für die Landesverteidigung erforderlichen Mittel würde eine Verbilligung der Lebensmittel herbeiführen.

An die Adresse des „Vorwärts“.

Auf die Replik des „Vorwärts“ in Nr. 253 habe ich festzustellen: Der „Vorwärts“ weicht nicht eine einzige Handlung anzuführen, durch die ich „den Kriegshelden in den Sattel geholt hätte“, außer daß ich für die Verteidigung des Deutschen Reiches und Volkes eingetreten bin und noch eintrete. Wie durch diese Verteidigung das Treiben der Kriegshörer vor dem Kriege gefördert worden sein soll, das vielleicht geholt hat, die Katastrophe herbeizuführen, bleibt ein Rätsel. Der „Vorwärts“ behauptet, ich könnte nicht sozialistisch denken. Nun jedenfalls glaube ich, denken zu können.

Wenn der „Vorwärts“ mich zu den Annexionisten zu werfen sucht und mir die Autorität Gerlachs entgegenhält, so weiß mindestens ein Mitglied der Redaktion des „Vorwärts“ sehr gut, wie scharf ich im Januar 1915 in der Reichstagskommission gegen diese Gruppen aufgetreten bin. Der „Vorwärts“ sagt, meine Artikel wären eigentlich immer derselbe. Daran ist richtig, daß ich allerdings mit einer mich selbst ermüdenden Hartnäckigkeit immer und immer wiederholt habe, daß unsere Politik nicht auf Unterdrückung der anderen Nationen, nicht auf eine Verewigung des Krieges, nicht auf einen Frieden, der den Keim zu neuen Verwicklungen in sich trägt, hinauslaufen dürfte. Aber ich will das natürlich auch für meine Nation, nicht bloß zugunsten der anderen. Dadurch unterscheidet sich mich von dem „Vorwärts“ und seinen Hintermännern. Und ich dachte, bei der sich immer vergrößernden Ueberzahl der Feinde und der ungünstigen geographischen und politischen Lage Deutschlands wäre die Gefahr, daß Deutschland im Frieden andere unterdrücken könnte, ausgeschlossen, während die Feinde uns Deutschen immer lauter eine vernichtende Niederlage androhen.

An der Beitritt des Parteivorstandes, die für Deutschland politische Unabhängigkeit, territoriale Unverletzlichkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit fordert, habe ich so wenig etwas auszusagen, wie an den fast wörtlich gleichlautenden Forderungen der Zentralstelle für Völkerecht. Aber ich werde mich nach wie vor gegen den Wahnsinn, als ob man durch die Proklamierung des Friedens eines unentschiedenen Krieges irgend etwas für den Frieden erreichte oder nur über ihn auslöse. Der Grenzstand wie vor dem Kriege kann so gut eine Niederlage Deutschlands bedeuten, wie das Gegenteil. Was ich unter einem Siege Deutschlands verstehe, habe ich gesagt: Deutschland soll den fürchterlichen Antirum abdrücken und mit seinen Verbündeten unterwerft, aber innerlich und äußerlich gestiftet aus dem Kriege hervorgehen.

Nach dem „Vorwärts“ ist, wer das will, kein Sozialdemokrat, sondern ein Nationalist und Kriegstreiber. Was soll denn nach Meinung des „Vorwärts“ aus Deutschland werden? — Ich erwarte keine Antwort. Aber ich hoffe, daß die Genossen dem „Vorwärts“ eine geben werden.

Ueber nationalen Stolz streite ich mit diesem Blatte nicht. Ich selbst habe unauffällig und noch in dem Auszuge, der dem „Vorwärts“ den Anlaß zu seinen Angriffen gegeben hat, betont, daß in den Kulturkriegen, in der friedlichen Arbeit der Völker und ihrer gegenseitigen Achtung die Ehre der Nationen liegt. Wir brauchen der „Vorwärts“ deshalb keine Belehrung darüber zu geben. Aber Stolz auf den Opfermut und den Charakter unseres Volkes, das sich in dieser furchtbaren Gefahr aufrecht erhält, sollen wir auch nicht haben dürfen? — Diese Leistungen sollen wir totschweigen oder uns gar ihrer schämen? — Und dies gibt sich als sozialistisch und demokratisch? Es ist schwer, das richtige Wort für solche Bemerkung nicht zu schreiben.

Berlin, den 19. September 1916.

Wolfgang Heine.

Heine hat sich zu seiner Entgegnung mehrere Tage Zeit gelassen. Sie ist darum leider nicht besser ausgefallen.

Heine attestiert sich selbst, daß er denken könne. Nichtsdestoweniger scheint uns seine Logik recht brüchig zu sein. Erinnern wir uns des springenden Punktes unserer Auseinandersetzung: Heine erklärt, daß es nur einen Sieg oder Niederlage gebe, folglich sei er für den deutschen Sieg. Wenn Heine wirklich zu denken vermag, wird er begreifen müssen, daß der Sieg der einen Mächtegruppe die Niederlage der anderen eintritt, wirkt nicht für die Verständigung, ist damit ein Vertreter des Krieges bis zur Niederwerfung, der als Friedensfreund unmöglich angesehen werden kann.

Heine erklärt, daß er auch die von uns zitierten Ausführungen Gerlachs und die Forderungen der „Zentralstelle Völkerecht“ unterschreiben könne. Damit befindet er sich in einem seltsamen Irrtum. Denn Herr v. Gerlach vertrat gerade den Gedanken der Verständigung in scharfer Ausprägung gegenüber der Alternative Heines: Sieg oder Nieder-

lage. Die mangelnde Klarheit seines Denkens verrät Heine durch den Satz, daß er nicht nur zugunsten der anderen, sondern auch für die deutsche Nation einen Frieden ohne Unterdrückung erstrebe und sich dadurch vom „Vorwärts“ und seinen Hintermännern unterscheide. Das letztere ist eine der freundschaftlichen Unterstellungen Heines, die ebenjowenig seiner Fähigkeit zum klaren Denken als dem politischen Zustand entsprechen. Liechten wir das moralische Pathos des Genossen Heine, so würden wir an ihn die Frage richten: Wo hat jemals der „Vorwärts“ den Standpunkt vertreten, daß bei einer Verständigung der kriegführenden Mächtegruppen die Interessen der deutschen Nation geschädigt werden sollen? Aber Heine hat sich derartig in nationalistische Gedankengänge verrennt, steht so sehr jenseits alles sozialistischen Denkens, daß er sich einfach nicht in die Auffassungen von Sozialisten und wirklichen Friedensfreunden zu verlegen vermag.

Dafür ist kennzeichnend, daß er nach dem deutschen Sieg, den er doch erstrebt, die Gefahr einer Benachteiligung anderer Nationen einfach für ausgeschlossen erklärt, während er im umgekehrten Falle die Unterdrückung Deutschlands für selbstverständlich hält.

Interessant ist aber, daß Heine erklärt, die Schaffung des Grenzstandes wie vor dem Kriege vermöge so gut eine Niederlage Deutschlands zu bedeuten wie das Gegenteil, wenn solche vieldeutigen Redensarten überhaupt einen Sinn haben sollen, wenn sie doch nur so ausgelegt werden, daß Heine vom status quo ante Deutschlands nichts wissen will. Mindestens können seine Ausführungen so ausgelegt werden. Auch die Worte, Deutschland müsse aus dem Krieg innerlich und äußerlich gestiftet hervorgehen, sind faulischförmig, so fordern zu Mißdeutungen heraus.

Ueber den Begriff von nationaler Ehre mit Heine zu diskutieren, halten auch wir für völlig überflüssig. Nur sind wir nach wie vor der Meinung, daß das Betonen des Stolzes über militärische Erfolge Sozialisten übel ansteht und nur eines der Mittel ist, die ohnehin bis zum Uebermaß erhitzten nationalen und kriegerischen Leidenschaften noch weiter zu entflammen. (z)

Wo liegt das Volksinteresse?

Von Ed. Bernstein.

Die deutsche Sozialdemokratie hat, wenn ihr die Gegner ihre Internationalität zum Vorwurf machten, stets mit größter Energie als ihre Ueberzeugung betont, daß sie durch Feststellung der internationalen Solidarität der Völker und folgerichtiges Handeln gemäß dieser von ihr erkannten Solidarität die Interessen des deutschen Volkes am besten wahrnimmt.

Diese Unterscheidungslinie soll heute verwischt werden. Der Artikel, den Konrad Haenisch in Nr. 253 des „Vorwärts“ unter dem Titel „Einem prinzipiellen Internationalisten“ ins Stammbuch“ veröffentlicht und durch den er den Eindruck beseitigen will, den Ausführungen von mir auf „einige Arbeiter“ gemacht haben, ist von Anfang bis zu Ende nichts als ein Durcheinanderwerfen von Schlagworten aus dem Arsenal der Nationalisten aller möglichen Obervarianten mit Sägen, die sozialdemokratisch klingen, aber durch die Anwendung, die er ihnen gibt, auf das Gegenteil einer wahrhaft sozialdemokratischen Politik hinauslaufen. Er benutzt die erschütternde Tatsache, daß im Felde Arbeiter und Arbeiter einander mit Handgranaten bewerfen, die Lehre zu verdächtigen, auf welche die Sozialdemokratie bisher stolz war und die für den, der Augen hat zu sehen, und Ohren zu hören, durch die Erfahrungen der Gegenwart nur Bekräftigung gefunden hat. Mag sein, daß er sich die Erkenntnis, die ich ihm vorhielt, „an den Schuhsohlen abgelaufen hat“, wie er schreibt. Aber man wechselt seine Ueberzeugung nicht mit den Schuhsohlen.

Die Zeitverhältnisse erlauben es unsereinem nicht, im Konkreten nachzuweisen, wie sehr Haenischs Ausführungen über den gegenwärtigen Krieg und die durch ihn dem deutschen Volk und insbesondere den deutschen Arbeitern gestellten Fragen an der Wahrheit vorbeigehen.

Es ist furchtbar leicht, den Verfechter der Politik der Internationale zu verdächtigen, es fehle ihm an der nötigen Wärme für das Interesse und die Leiden des eigenen Volkes. Das genaue Gegenteil ist aber die Wahrheit. Nicht das Festhalten an dieser Politik, ihre Preisgabe verlängert diese Leiden, wie sie auch die Interessen des Volkes immer mehr in Gefahr bringt. Die Politik der Haenische vermehrt die Feinde und vermindert die Freunde unseres Volkes. Sie macht uns zu Bettlern, wo wir ehemals Kräfte waren. Bettelarm an Idealen, so würde die Sozialdemokratie dastehen, wenn sie ihr folgte, bettelarm zugleich an jeder Möglichkeit, kraftvoll und wirksam daran mitzuarbeiten, daß Verständigung der Völker dem Unheil ein Ende macht, an dem sie alle leiden und dem sich kein einzelnes ohne Mitwirkung der anderen entziehen kann. (z)

Politische Uebersicht.

Gegen Dr. Solf.

Wie vorausgesehen war, findet die Erläuterung, die der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf in seinem gestern veröffentlichten Briefe zu seinem Kolonialprogramm gab, in den Kreisen seiner auf dem Boden der „Nachpolitik“ stehenden Kritiker eine kühle, entschiedene Ablehnung. Die „Kreuz-Zeitung“, die auf den Brief Dr. Solfs noch zurückkommen will, schreibt, der Staatssekretär gehe auf den „Kern der Sache“ nicht ein.

Nicht das bloße Vorhandensein einer starken Flotte, sondern die restlos erlangte Freiheit der Meere ist die unerlässliche Vorbedingung für eine gesicherte und rationelle deutsche Kolonialwirtschaft in der Zukunft.

Ausführlicher äußert sich die „Tägliche Rundschau“. Auch dieses Blatt meint, Dr. Solf gehe an dem „Kernpunkt“ der durch seine Reden erregten Befürchtungen glatt vorbei.

Dieser Kernpunkt ist die Frage, warum der deutsche Kolonialstaatssekretär es in dieser Zeit eines deutsch-englischen Zweikampfes auf Leben und Tod notwendig, nützlich oder erlaubt fand, aller Welt in die Ohren zu rufen, daß die „Freiheit der Meere“ letzten Endes auch entbehrlich für unsere Betätigung in der Welt sei. In dugendfacher, hundertfacher Abwandlung hatten wir zuvor und haben wir seither amtlich und nichtamtlich vor uns und der Welt das Bekenntnis abgelegt, daß der wichtigste Sinn und Zweck dieses Krieges in der Erringung der Frei-

Welt der Meere für uns und alle Welt bestimme. Was sollte und soll es bedeuten, daß der Kolonialsekretär als Rundreisender, dessen Ausprägungen alle Welt rechts auf das Konto der Regierung legt, mit so absichtsvoller Betontheit überall davon spricht, daß man schließlich jenen Sinn und Zweck dieses Krieges auch fallen lassen könne? Auf diese Kernfrage findet sich in dem Briefe Dr. Solfs an den Herzog Johann Albrecht keine Andeutung einer Antwort. Statt dessen findet sich in dem Briefe, wie in der vielgehaltenen Rede eine Reihe schöner Selbstverständlichkeiten. Wo gab es in den Kreisen, die Herrn Dr. Solf „mißverstanden“ haben, einen Zweifel daran, daß wir nach dem Kriege wieder Kolonien haben müssen? Wo gab es einen Zweifel, daß wir eine Flotte werden haben müssen? Weidies war schon vor dem Krieg eine Selbstverständlichkeit, über die weder heute noch jemals es sich verlohnt Reden zu halten und Briefe zu schreiben.

Nicht alle Selbstverständlichkeiten, sondern neue Erkenntnisse aber gibt es uns. Wir müssen in diesem Krieg für unsere weltpolitischen Bedürfnisse doch etwas zugeleert haben. Lieber dieses zugeleert aber ist in Dr. Solfs Reden und Brief kein Wort enthalten. Er fährt uns hinter das Jahr 1914 zurück. Wir aber wollen über das Jahr 1916 hinaus. Wir haben erkannt, daß die Nachgrundlagen unserer Kolonialpolitik, wie sie waren, im Ernst eines Kampfes um Sein und Nichtsein zusammenstürzen mühten und, einfach so wiederhergestellt, wieder zusammenwachsen mühten. Das ist also verstärkt und gesichert werden müssen. Darüber hätten wir von dem Staatssekretär gerne ein kräftig Wortlein gehört. Davon sagt er nichts. Es bleiben also nach seinem Briefe an den Herzog Johann Albrecht dieselben Zweifel, es bleibt dieselbe Leere, wie nach seiner Rede an die Bremer, Lübecker und Berliner.

Eingehende Kritik an dem Programm Dr. Solfs läßt die „Deutsche Tageszeitung“, die seit Monaten in den ersten Reihen der Opponenten gegen das allzu „gemäßigte“ Programm des Kolonialsekretärs steht.

Mit seiner jetzigen Auffassung, daß Deutschland sowohl eine Flotte brauche, welche „unserem Handel über See die unbehinderte Tätigkeit sichert, als auch gleichzeitig einen Kolonialbesitz“, der hinsichtlich der Rohstofffragen genügend sei, könnte man, so bemerkt das Blatt, an und für sich betrautet, wohl einverstanden sein. Allein „im Rahmen der gegebenen Verhältnisse“ handelt es sich für das Reventlow-Organ in der Kolonialfrage nicht um Mißverständnisse, sondern um tiefgehende Abweichungen der Auffassungen in grundlegenden Fragen“. Der Standpunkt der „Deutschen Tageszeitung“, den sie in zahlreichen Artikeln entwickelt hat, ist kurz der, daß Kolonien notwendig sind, daß sie aber „nur wirkliches deutsches Eigentum auf dem Boden einer genügenden deutschen Seegeltung sein können, und daß die deutsche Seegeltung neben dem schwimmenden Flottenmaterial ebenfalls grundlegend durch die deutsche Heimatsküstentellung bedingt wird.“ Das künftige Kolonialprogramm wird also von der „Deutschen Tageszeitung“ und ihrer Gesellschafter unter dem Gesichtspunkt ihres Annektionsprogramms im Westen betrachtet. Klipp und klar formuliert sie ihren Standpunkt noch in folgenden Sätzen:

Der Standpunkt dieser Frage, der praktisch anschaulich erst bei Ende des Krieges sich herausstellen wird, liegt dort: wenn wir beim Friedensschluß Kolonien — die wir dann ja vermutlich nicht haben werden — bekommen oder wiederbekommen wollen, dürfen wir dafür nichts in den Tausch geben, was zu den Grundelementen der Seegeltung, Weltwirtschaftspolitik usw. gehört.

Es handelt sich also, wie aus allen diesen Einwendungen deutlich hervorgeht, in der Kritik des Kolonialprogramms Dr. Solfs seitens der „Wachtpolizei“ um denselben Gegensatz zwischen den „Mäßigern“ und den „Gemäßigten“, der auch auf anderen Gebieten in grundlegender Weise in die Erscheinung tritt.

Eine konservative Rundgebung.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht, nach den „Sächsischen Politischen Nachrichten“, eine Rundgebung, die am 18. d. M. von einer Versammlung der Vertreter der Vorstände des konservativen Landesvereins Sachsens und der mehr als hundert konservativen Lokalvereine gefasst wurde. In dieser Rundgebung heißt es u. a.:

„England an erster Stelle ist verantwortlich für das ungeheure Blutvergießen, für die jeder Beschreibung spottende Vernichtung gewaltiger Werte und für die Jahrzehnte lange Hemmung des kulturellen Fortschritts, die eine Folge dieses Krieges sein wird. Am letzten Ende steht die einzige, die weitbewegende Frage: Deutschland oder England! Der Gegner, der die Ausdehnung unseres Volkes, die Vernichtung unseres Reiches und seiner Selbstständigkeit zum hundert- und tausendfachen ausgeprochenen Kriegsziele hat, läßt uns nur die Wahl zwischen seiner Niederrettung und dem Untergang des Deutschen Reiches. Nur rücksichtslose und uneingeschränkte Anwendung aller Kampfmittel gegen England ermöglcht uns die Sicherstellung der Zukunft unseres deutschen Vaterlandes.“

Ein verfehlter Vorschlag.

In der letzten Zeit bringen uns bürgerliche Blätter Klagen, die einen gewissen Maßstab für die Stimmung in der Bevölkerung abgeben. Bemerkenswert ist, daß insbesondere evangelische Pastoren es sind, die ihrem Unmut ziemlich lebhaft Luft machen. So veröffentlicht wiederum ein Pastor im „Reichsboten“ eine Schilderung, die in der Tat Beachtung verdient. Der Mann hat bei der Werbung für die Kriegsanleihe ziemlich bittere Erfahrungen gemacht. Es wurde ihm entgegengehalten, daß die Zahl der Drückberger noch immer ziemlich groß sei; es wurde hingewiesen auf die mancherlei Formen des Kriegswunders, unter dem auch die ärmere ländliche Bevölkerung schwer zu leiden hat. Es ist ihm entgegengehalten worden, daß die großen Brauereien Millionen von Gerste bekommen und dem Kleinbauern und Arbeiter auf dem Lande, der Gerste zur Schweinemästung bedarf, hält man dieses Produkt vor. Man hat ihn weiter darauf aufmerksam gemacht, daß Reserveoffiziere, deren Einkommen daheim vielfach gar nicht oder nur wenig geschmälert ist, teilweise große Gehälter beziehen, daß junge, besonders unverheiratete, Beamte nun schon jahrelang ihre Gehälter treiter beziehen und Staats- und Gemeindefassen belasten, während viele kleine Landwirte und Handwerker durch den Dienst, den sie dem Vaterlande zu leisten gezwungen sind, wirtschaftlich zurückgehen. Das sind nur einige Proben aus den Erfahrungen, die der Pfarrer im „Reichsboten“ zum besten gibt. So sehr das, was er schildert, richtig ist, so verfehlt ist der Weg, den er zur Abhilfe empfiehlt. Er wünscht nämlich, daß in allen Orten ein Rechtsauschuss eingesetzt werden soll, dem Vertreter aller Stände angehören und der nun allen Anlässen, die zur Unzufriedenheit führen, zu Leibe gehen soll. Wenn das so einfach zu machen wäre, dann wäre es zweifellos schon längst geschehen. Aber diese Rechtsauschüsse würden weiter nichts als eine leere Dekoration sein, weil sie gar nicht die Möglichkeit hätten, in entsprechend energischer Weise einzugreifen.

Die Flucht in die Öffentlichkeit.

Die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Großadmiral v. Tirpitz und dem Reichskanzler in den „Süddeutschen Monats-

blättern“ wird in der Presse allgemein als eine Flucht des Herrn v. Tirpitz in die Öffentlichkeit betrachtet. Die rechtsstehende Presse, „Deutsche Tageszeitung“, „Berliner Neueste Nachrichten“, „Völkische Zeitung“ usw. stehen selbstverständlich auf Seiten des Herrn v. Tirpitz, und sie lassen in ihren Kommentaren durchblicken, daß durch die Veröffentlichung der Briefe der Schleier über Vorgänge, die hinter den Kulissen spielten, einigermaßen gehoben worden sei. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckt die Briefe ab und bringt gleichzeitig eine Zuschrift des Professors Valentin, in der dieser ausführt:

„Professor Cohnmanns Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn von Tirpitz nimmt Bezug auf ein „Protokoll“, das Herr Prof. Cohnmann ausgenommen hat. Obwohl sich dieses „Protokoll“ mit meiner Version beschäftigt, hat mir kein Verfasser keine Gelegenheit gegeben, das Schriftstück zu untersuchen. Prof. Cohnmann scheint nicht zu wissen, was jedem Referent geläufig ist, daß zu einem Protokoll die Unterschrift dessen gehört, dessen Aussagen protokolliert werden sollen. Ich habe aber von dritter Seite Kenntnis von dem Inhalt dieses sogenannten Protokolls erhalten. Ich stelle zur Kennzeichnung dieses Schriftstückes fest, daß es die unwahre Behauptung enthält, ich hätte berichtet, daß das Auswärtige Amt durch Diebstahl in den Besitz der richtigen Zahl der von unseren U-Booten vertriebenen Frachträume gelangt sei. Mir ist niemals eingefallen, eine derartige Beschuldigung gegen eine Reichsbehörde auszusprechen. Zur weiteren Kennzeichnung des Schriftstückes teile ich mit, was Herr Geheimrat Wards, der als Zeuge für die unwahren Angaben der Cohnmannschen Darstellung aufgeführt wird, mir am 24. August geschrieben hat: „Die Cohnmannsche Sache ist mir völlig neu und völlig fremd. Ich habe sogar an Ihre Erzählung über Tirpitz, die Sie mir, nach Ihrer Erinnerung, gemacht haben, keine Erinnerung behalten. Cohnmanns Handlungsweise ist mir schwer erklärlich. Welch Fanatismus umwehelt heute die Menschen! Natürlich hätte er keinerlei Recht zu seinem Vorgehen.“

Die hier erwähnte Erzählung über Tirpitz bezieht sich auf das Gerücht, daß früher ungenaue Angaben über die Zahl der verfügbaren U-Boote gemacht worden seien. Gegenüber Andeutungen in einigen Blättern nehme ich Anlaß, ausdrücklich festzustellen, daß keine Amtsstelle meine Quelle für dieses Gerücht gewesen ist.

Professor Cohnmann hat ferner in einer Eingabe an das bayerische Kriegsministerium und in dem viel verbreiteten „Protokoll“ meinen Besuch als den eines politischen Emigranten hingestellt, der ihn beeinflussen sollte. Die Unrichtigkeit aus dieser Behauptung ergibt sich aus dem nachstehenden Brief, den ich in dieser Sache an Prof. Cohnmann geschrieben habe.

Dieser Brief selber ist in den heftigsten Ausdrücken abgefaßt und deutet sich eigentlich mit der oben wiedergegebenen Erklärung.

Interparlamentarische Konferenz.

Kommenden Sonnabend und Sonntag findet in Salzburg wieder eine Konferenz bürgerlicher deutscher und österreichischer Parlamentarier statt. Von deutscher Seite sind die Abgeordneten Payer, Müller-Meinungen und Frhr. v. Jedlitz angemeldet.

Verwaltungsreform in Sachsen-Weimar.

Der demnächst zusammentretende Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar wird sich mit Vorschlägen zu befassen haben, die auf Vereinfachung und Verbildung der Organisation des Geschäftsganges der Staatsbehörden abzielen. — Von sozialdemokratischer Seite wird seit Jahren darauf hingewirkt, daß die ganze Verwaltungsmaschinerie der thüringischen Kleinstaaten vereinheitlicht und damit wesentlich verbilligt werden soll.

Das tägliche Brot.

Wildhühnerpreise.

Berlin, 20. September. (W. T. V.) Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat auf Grund der Bundesratsverordnung vom 24. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 959) neue Wildhühnerpreise festgesetzt. Diese Preise gelten für den Verkauf im Großhandel im allgemeinen. An sie hat sich jeder zu halten, der nicht an den Verbraucher Wild abgibt. Die Preise können von den Landeszentralbehörden oder von den von ihnen bestimmten Behörden mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse abgeändert werden.

Die Preise betragen:	
bei Rebwild (mit Wede) für 0,5 Kilogramm	1,80 M.
bei Rot- und Damwild (mit Wede) für 0,5 Kilogramm	1,10 „
bei Wildschweinen (mit Schwarte)	
a) bei Tieren im Gewicht bis zu 85 Kilogramm einschließlich für 0,5 Kilogramm	1,15 „
b) bei Tieren über 85 Kilogramm für 0,5 Kilogramm	0,95 „
bei Hasen	
a) mit Balg das Stück	5,25 „
b) ohne Balg das Stück	4,95 „
bei wilden Kaninchen	
a) mit Balg das Stück	1,50 „
b) ohne Balg das Stück	1,40 „
bei Fasanen	
a) Hähne das Stück	4,50 „
b) Hennen das Stück	8,50 „

Auf Grund dieser Preise werden die Landeszentralbehörden die Kleinhandelspreise festsetzen. Von dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts sind die oberen Grenzen für diese Festsetzungen angegeben worden. Diese oberen Grenzen sind folgendermaßen festgesetzt:

bei Rebwild	
a) für Rücken und Keule (Piemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm	2,50 M.
b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm	1,70 „
c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm	0,90 „
bei Rot- und Damwild	
a) für Rücken und Keule (Piemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm	2,10 „
b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm	1,60 „
c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm	0,70 „
bei Wildschweinen	
A) bei Tieren bis zu 85 Kilogramm einschließlich	
a) für Rücken und Keule (Piemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm	2,50 „
b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm	1,80 „
c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm	1,00 „
B) bei Tieren über 85 Kilogramm	
a) für Rücken und Keule (Piemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm	2,00 „
b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm	1,60 „
c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm	1,00 „
bei Hasen	
a) mit Balg das Stück	6,00 „
b) ohne Balg das Stück	5,70 „
bei wilden Kaninchen	
a) mit Balg das Stück	1,80 „
b) ohne Balg das Stück	1,70 „
bei Fasanen	
a) Hähne das Stück	5,25 „
b) Hennen das Stück	4,25 „

Wo mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse die Großhandelspreise von den Landeszentralbehörden höher oder niedriger festgesetzt sind, können auch die Kleinhandelspreise angemessen geändert werden. Gegenüber den bisher geltenden Preisen bedeuten die jetzigen

Preise eine Erhöhung. Einerseits liegt das daran, daß es sich bei den früheren Preisen um Jägerhöchstpreise und jetzt um Handelshöchstpreise handelt. Es war aber auch noch darüber hinaus eine Erhöhung des Höchstpreises notwendig.

Während der Geltung der bisherigen Wildhühnerpreise war die Beschaffung der Städte mit Wild eine äußerst mangelhafte. Das erklärt sich daraus, daß bei weit über den sonstigen Fleischpreisen stehenden Wildpreisen das Wild von den Jägern selbst für sich und ihre Angestellten verbraucht oder den Einwohnern der Jagdgemeinden überlassen wurde. Vielfach wurde es auch zur Verfertigung der Kriegsernährungsamts verwendet, da es tatsächlich das billigste Fleisch war, sogar billiger als Pferdefleisch. Niedrige Höchstpreise nützen nichts, sondern schaden, wenn sie die Waren vom Markt fernhalten. Das Wild zu beschlagnahmen und zwangsweise dann wie Hagen und Weizen den Städten zuzuführen, ist praktisch unmöglich. Deshalb sind die neuen Preise so gewählt, daß die Aussicht besteht, Wild in die Städte zu bringen. Die Preissteigerung wird hingegenommen werden können, da Wild im allgemeinen schon wegen der umständlichen und kostspieligeren Zubereitung mehr von der wohlhabenderen Bevölkerung verzehrt wird.

Ausweiskarten zum Ankauf von Pflanzen usw.

Berlin, 20. September. (W. T. V.) Die Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Wärmeläden m. b. H. Berlin, gibt bekannt, daß Ausweiskarten des Kriegsernährungsamts für den Ankauf von Zwetschen, Pflaumen und Kerpfen an alle Wärmeladenfabriken sowie an eine große Anzahl Obsthändler ausgegeben sind, deren Namen den Kommunalverbänden mitgeteilt wurden und bei diesen zu erfragen sind.

Druckprämie für Brotgetreide.

Amlich, Berlin, 20. September. (W. T. V.) Die Reichsgetreidestelle gibt folgendes bekannt: Die für Brotgetreide bisher gewährte Druckprämie von 20 M. für die Tonne gilt nur noch für Lieferungen bis 10. Oktober 1916 einschließlich. Ob von diesem Tage ab überhaupt noch eine Druckprämie gewährt wird, steht noch nicht fest. In keinem Falle würde sie in der bisherigen Höhe festgesetzt werden. Es liegt also im dringenden Interesse der Landwirte, ihr Brotgetreide noch vor dem 10. Oktober zur Ablieferung zu bringen.

Hafereisgabe für Arbeitsküche und Ziegenböcke.

Berlin, 20. September 1916. (W. T. V.) Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Im Nachhange zu der bereits erfolgten Erhöhung der Haferrationen für Einbuher und Zuchtbullen sowie der Freigabe von Hafer für Arbeitsküchen hat es sich nun auch noch ermöglchen lassen, entsprechend zahlreichen und aus allen Teilen des Reiches gehäuerten Wünschen auch für die zur Feldarbeit verwendeten sogenannten Zuchtschafe die Dauer der Herbstfeldbestellung eine geringe Haferration zur Verfüterung freizugeben. Nach den getroffenen Bestimmungen darf für die zur Feldarbeit verwendeten Schafe in der Zeit bis 30. November 1916 einschließlich mit Genehmigung der zuständigen Behörden 1 Ztr. Hafer für die Kuh und den ganzen Zeitraum verfütert werden. Dem einzelnen Unternehmer darf nur für ein Geßpann, das ist höchstens zwei Schafe, die Verfüterungsgenehmigung erteilt werden. Es ist zu erwarten, daß sich die Mahnahme nicht nur im Interesse einer gesicherten Herbstfeldbestellung, der sie in erster Linie dienen soll, sondern auch im Interesse der Erhaltung der Milchproduktion während dieser Zeit nützlich erweisen und die Aufwendung der zur Durchführung erforderlichen Hafermengen wohl rechtfertigen wird.

Gleichzeitig wurde auch für die Ziegenböcke, die während der bevorstehenden Vegetationsperiode zur Milch Verwendung finden, eine geringe Haferration zur Verfüterung in der Zeit bis 31. Dezember 1916 einschließlich freigegeben. Nach den getroffenen Bestimmungen darf an derartige Ziegenböcke mit Genehmigung der zuständigen Behörden für den ganzen Zeitraum 1 Zentner Hafer verfütert werden. Die Mahnahme entspricht einem vielseitigen Wunsch, insbesondere aus den Industriebezirken, und rechtfertigt sich durch die Bedeutung, die der Ziegenzucht für die Milchversorgung besonders der minderbemittelten Bevölkerung zukommt.

Aus der Partei.

Die „Vergische Arbeiterstimme“ über die Scheidemann-Versammlungen.

Unter der Überschrift „Värendienst“ schreibt unser Solinger Parteiblatt:

Die Versammlungen in Ohligs und Solingen, in denen Genosse Scheidemann sprach, werden von einem Teil der Parteipresse dazu benutzt, die politische Organisation des Wahlkreises Solingen und die politische Redaktion unseres Blattes als nicht im Einklang mit der Auffassung der Massen stehend zu bezeichnen. Wir wollen dazu einige kurze Feststellungen machen. Die Wahlkreisorganisation zählte ein Jahr nach dem Kriegsausbruch rund 4700 männliche und weibliche Mitglieder. Davon stehen rund 8000 im Felde, mehrere Hundert sind aus der Organisation ausgetreten oder zahlen einfach nichts mehr, weil sie mit der Politik der Wehrzeit nicht einverstanden oder aus anderen Gründen nicht mehr zahlungswillig sind. Das ist eine Erscheinung, die fast in allen industriellen Wahlkreisen leider zu beobachten ist. Die Organisation hat heute noch ungefähr 800 zahlende organisierte Mitglieder. Wir wollen, trotzdem die einmütige Gegenstand recht ungeschöner Angriffe geworden sind, die einen Värendienst für den Genossen Scheidemann bilden, keine Internas aus der Solinger Parteibewegung vortragen, die beweisen würden, daß die Stimmung der Parteigenossen völlig anders ist, als sie nach den Berichten über die Versammlungen erschein könnte. Wir weisen zunächst darauf hin, daß diese 800 Mitglieder, die sich auf etwa 20 Distrikte verteilen, sich nicht verheeren oder aufsuchen können, um in den beiden Versammlungen 3500 Köpfe zu bilden und weitere Tausende noch dazu, die keinen Platz mehr fanden. Solingen und Ohligs dürften zurzeit noch etwa 500 Mitglieder haben. Das genügt wohl, um die Zusammenfassung der Versammlungen zu illustrieren. In die Versammlungen lief Krethi und Plethi.

Der Vorstand des Wahlkreises bestellte den Genossen Scheidemann zu den vom Parteivorstand angeregten Friedensversammlungen, natürlich nicht, um die Volksversammlungen nun eine Entscheidung über die Wichtigkeit der Auffassungen von Wehrzeit und Minderheit fällen zu lassen, sondern überließ es dem Takt und Verantwortungsbewußtsein des Genossen Scheidemann, den Versammlungszweck bestmöglichst zu erreichen. Der Vorstand konnte natürlich diese Ausrichtung der Versammlungen nicht voraussehen. Das war vielleicht unglück, noch dämmer ist aber die Anrempelung der Parteileitung in Solingen, die nun dazu gedrängt wird, sich für künftige Fälle vorzusehen.

Nachdem dann einige der siegestrohen Stellen aus der Parteipresse zitiert werden, schließt das Blatt:

Wahr ist, daß beide Versammlungen überfüllt waren; wahr ist, daß nur wenige Zwischenrufe von der Parteiminderheit gemacht wurden; wahr ist, daß die Resolution einmütig angenommen wurde und die Hälfte der Versammlungsteilnehmer sich an der Abstimmung nicht beteiligte; wahr ist, daß ein Teil der Versammlungsteilnehmer den Ausführungen Weiskopf spendete. Falls sind die Folgerungen, die von den aufgeführten Parteiführern an diese Versammlungen geknüpft werden.

Aus den Organisationen.

Die Provinz Brandenburg entsendet zu der Konferenz 16 Delegierte, und zwar werden die Wahlkreise wie folgt vertreten sein: Westpreignitz: Kaulfuß-Bittenberge; Müppin-Templin: A. Wellhö-Kneppin; Prenzlau-Angermünde: Richard Schulz-Prenzlau; Oberbarnim: Wams-Berlin; Spandau-Distrik: Staab-Potsdam; Brandenburg-Westhavelland: Sidow-Brandenburg; Zauch-Beitzig-

Jüterbog-Ludowalder: S. Jahn-Ludowalder; Landsberg-Solbin: Baegel-Berlin; Königsberg-Neumarkt: D. Lang-Küstrin; Frankfurt-Lebus: Felber-Frankfurt; Jülichau-Krossen: Cohen-Berlin; Guben-Lübben: Galle-Guben; Sorau-Forsit: Berle-Forsit; Kottbus-Epremer: Berko-Kottbus; Kalau-Ludau: Kühne. Die Kreise Ostpreignitz, Ost- und West-Sternberg und Friedeberg-Arnswalde haben in der Person des Genossen Bräuner-Berlin eine gemeinsame Vertretung.

Sämtliche Delegierte, mit Ausnahme des Genossen Staab-Potsdam, welcher der Arbeitsgemeinschaft zuzuzählen ist, stehen auf dem Boden der Mehrheit.

Totenliste der Partei.

In Nürnberg starb am Montagabend im Alter von 54 1/2 Jahren der Genosse Konrad Hermann, der in der Nürnberger Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle gespielt hat. Er ist in Stuttgart geboren, erlernte das Schlosserhandwerk und schloß sich frühzeitig mit Leib und Seele der sozialdemokratischen Bewegung an. Nach vielen Wanderfahrten ließ er sich in Nürnberg nieder, wo er bald eine hervorragende Stelle einnahm. Auch für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wirkte er unermüdet; er gehörte zu den tätigen Mitbegründern des Deutschen Metallarbeiterverbandes. In der Schaffung des ersten deutschen Arbeitersekretariats, das 1894 in Nürnberg errichtet wurde, hatte er bedeutenden Anteil. Nach der Neuorganisation der Partei 1898 wurde er befohlener Beamter des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altendorf und der nordbayerischen Genossenschaft. Nach dem Tode Karl Hertels stand er mit einigen anderen Parteigenossen im Mittelpunkt der Parteiwirren, die sich bis 1901 hinzogen. Hermann trat dann von der Öffentlichkeit zurück. Zuletzt war er Leiter der Nürnberger Kreditbank. Vor kurzem wurde er von einem tödlichen Leberleiden ergriffen, das ihn jetzt dahingerafft hat.

Aus Industrie und Handel.

Brauereigerste für den Heeresbedarf.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: Dem Vernehmen nach hat das Kriegsministerium bei der Reichsgerichtenstelle größere Mengen Gerste, nämlich 50 000 Tonnen, zur Sicherstellung des Bierbedarfs des Heeres angefordert. Auch die Marineverwaltung soll in geringeren Abmessungen ein gleiches beabsichtigen. Aus beidem ist zu entnehmen, daß die Brauereien und Mälzereien in nächster Zeit hieraus eine etwas verstärkte Belieferung mit Gerste, aber nur für Heereszwecke, zu gewärtigen haben. Wohl erhoffen einzelne Brauereikreise auch sonst neue Aufweisungen auf Grund der Beobachtung, daß die Räume in den Malzstassfabriken nicht ohne weiteres in Stande sind, die ihnen zugeordneten erheblich gesteigerten Beständen mit einem Male zur Verwertung oder Lagerung aufzunehmen, doch bleibt diese Frage durchaus unsicher, im Gegenteil, es wird mit Bezug auf den Privatbierbedarf augenblicklich mehr denn je mit einer merklichen Herabsetzung des endgültigen Kontingents der Brauereien gerechnet, sobald erst die kommenden Monate die endgültige Aufstellung des Gerstebewirtschaftungsplans ergeben haben werden.

Amerikanischer Außenhandel.

Nach dem „Daily Telegraph“ beziffert sich der Wert des amerikanischen Außenhandels in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres auf 880 Millionen Pfund Sterling. Die Ausfuhr beläuft sich auf mehr als 500 Millionen Pfund.

Soziales.

Schulvorschrift.

Der Bundesrat hat, wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, die im § 10 der Bundesratsverordnung vom 28. Mai 1903 ausgesprochene Einschränkung der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Anlagen, in denen Kleinarbeiten und dergleichen hergestellt werden, sowie das Verbot bis zum 1. Januar 1918 verlängert, jugendliche Arbeiter in Fabriken zu beschäftigen, die der Herstellung von Kleinarbeiten und anderen chemischen Kleiprodukten dienen.

Kriegsanterstützungen sind kein Armengeld.

Das Bundesamt für das Heimatweien hat in mehreren Klagen dahin entschieden, daß die Gemeinden keine Unterscheidung machen dürfen zwischen den infolge des Krieges hilflosbedürftig gewordenen Personen, die ihren Unterstützungswohnsitz im Bezirk der Gemeinde haben, und solchen, die ihn außerhalb der Gemeinde besitzen. Auch sind die Gemeinden nicht berechtigt, den durch die Reichs- und Staatshilfe nicht gedeckten Teil ihrer Ausgaben für diese Zwecke unter den Gesichtspunkt der Armenpflege zu bringen. Diese Entscheidungen sind sowohl für die Unterstützten, als auch für die Armenverbände von entscheidender Bedeutung. Die Armenverbände können von der Heimatgemeinde (M. B.) keinen Ersatz der „verauslagten“ Kosten und Unterstützungen verlangen und die Unterstützten haben, falls sie außerhalb ihres Unterstützungswohnsitzes infolge des Krieges unterstützt wurden, namentlich das Recht erlangt, diese Unterstützungen nicht als solche der Armenpflege behandelt zu werden.

Gerichtszeitung.

Ungültiger Höchstpreis.

Auf Grund einer als ungültig erklärten Polizeiverordnung mußten gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts II als Verurteilungsinstanz zwei Schlächtermeister von der Anklage wegen Heberschreitung der Höchstpreise freigesprochen werden.

Am 29. April d. J. hatte eine Frau auf dem Wochenmarkt auf dem zu Schöneberg gehörigen Winterfeldplatz an den Schlächter-

meister Behrendt für Rindfleisch, wie behauptet wurde, infolge einer Verwechslung 3,50 M. für das Pfund zahlen müssen. Da somit eine Heberschreitung der veröffentlichten Höchstpreise als vorliegend angenommen wurde, wurde Behrendt vom Schöffengericht zu 250 M. Geldstrafe verurteilt. In dem zweiten Fall hatte ungefähr zur gleichen Zeit die Schlächtermeisterfrau Hillmert aus der Hildengardstraße zu Schöneberg einem Kunden einen Rinderlamm mit 2,80 M. berechnet, während der Höchstpreis nur 2,30 M. betrug. Sie war deshalb zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf ihre eingeleitete Berufung hin wurden nun beide von der Strafkammer freigesprochen, da zu ihrer Verteidigung mit Erfolg vorgebracht wurde, daß zu der in Frage kommenden Zeit für Schöneberg gar keine Höchstpreise für Fleisch bestanden hätten, weil die betreffende Polizeiverordnung nicht rechts-gültig gewesen sei. Wie durch Vorlage der betreffenden Nummer des amtlichen Publikationsorgans für die Polizeiverwaltung Schöneberg sich ergab, war in der fraglichen Höchstpreisverordnung vom April d. J. gesagt worden: Der Polizeipräsident von Schöneberg setzt hiermit „für Berlin“ folgende Höchstpreise fest. Es wurde daher von der Verteidigung darauf hingewiesen, daß der Schöneberger Polizeipräsident für Berlin gar keine derartigen Änderungen zu treffen berechtigt sei und demgemäß diese Verordnung als ungültig angeprochen werden müsse. Stelle man das aber fest, so ergäbe sich ohne weiteres, daß an den fraglichen Tagen für Schöneberg noch keine Höchstpreise bestanden hätten und demgemäß keine Heberschreitungen erfolgen konnten. Das sei auch bereits behördlich anerkannt worden, denn im Mai d. J. habe man eine neue Verordnung erlassen, in der es nunmehr heiße, „der Polizeipräsident setzt für Berlin und Schöneberg fest...“ Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und erkannte wie schon oben erwähnt.

Meineidsprozeß.

Die am Dienstag vor der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts III begonnene Strafverhandlung gegen den Kaufmann Konrad Eiser in Charlottenburg wegen Urkundenfälschung, bei der es sich um ein Objekt von 150 000 M. handelt, und Verleitung zum Meineid in vier Fällen, hat gegen die in Aussicht genommene Dauer von fünf Sitzungstagen wesentlich abgekürzt werden können, da sich der Bezichtigte auf eine Reihe von Zeugen ermächtigte. Der Angeklagte blieb dabei, daß er das Opfer eines Komplotts von Personen geworden sei, die die Gegenpartei für sich gewonnen habe. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von sieben Jahren Zuchthaus, von denen ein Jahr auf die erlittene Unterjuchungshaft angerechnet wurde, und zehn Jahren Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Das Talsperrenunglück im Isergebirge.

Nachdem es möglich gewesen ist, die von der Wasserfatastrophe heimgesuchten Ortschaften im Desselal zu erreichen, konnte man einen genaueren Ueberblick über den Umfang der Verwüstungen gewinnen. Wie der „Vore aus dem Riesengebirge“ berichtet, ist das unmittelbar unter der Talsperre gelegene Dessenendorf am schwersten heimgesucht worden. Der noch eben blühende und wohlhabende Ort ist in einer Viertelstunde in ein einziges Trümmerfeld verwandelt worden und bietet heute einen grauenvollen Anblick. Alle Fabriken am Ufer des Flusses und die danebenstehenden Wohnhäuser sind entweder schwer beschädigt oder vollständig weggeegest worden. Nur hier und da ragt noch ein Schornstein oder ein gebrochenes Stück Mauer empor. Das Bett des Flusses ist mit Schutt, riesengroßen Steinen, Holzbalken und Hausgerät meterhoch gefüllt. Alle Brücken sind weggerissen. Der Verlust an Menschenleben ist zum Glück nicht ganz so groß, wie nach den ersten Schreckensmeldungen angenommen werden mußte. Zumeist werden noch 80 Personen vermist, die zweifellos den Tod in den reichenden Fluten gefunden haben. Viele Tote liegen noch unter den Trümmern, die erst in den kommenden Tagen weggeräumt werden können. Die Leichen, die bisher gefunden wurden, zeigen alle schwere Verwundungen, oft fehlen Arme, Beine und Köpfe. Die Bewohner der Ortschaft sind noch heute völlig verstört. Sie erzählen, daß das Wasser schon heranbrauste, als die Warnungsrufe und die Hornsignale gegeben wurden, so daß sich viele trotz der eiligsten Flucht nicht mehr retten konnten. Die Wand des Wassers soll 6 Meter hoch gewesen sein, das ist fast das einzige, was die unglücklichen Leute zu berichten wissen, die fast alle den Tod eines Angehörigen oder den Verlust ihrer Habe zu beklagen haben. Wie einwandfrei festgestellt worden ist, ist in den anderen Ortschaften niemand ums Leben gekommen. Sämtliche Tote stammen aus Dessenendorf. Trotzdem haben die weiter talwärts liegenden Ortschaften schweren Materialschaden erlitten. Namentlich ist Rannberg heimgesucht worden. Dort sind fast alle Fabriken zerstört oder beschädigt. Sämtliche Fabriken haben jedenfalls den Betrieb einstellen müssen. Auch die elektrische Lichtzentrale ist zerstört.

Die Ursache der Katastrophe wird auf das gewählte System der Sperreanlagen zurückgeführt. Während die gleichartigen Talsperren im Quellgebiet der Neisse und in den schlesischen Bergen aus einer starken granitnen Sperremauer hergestellt wurden, hat man sich in Böhmen für den Staubamm entschieden, da man hierfür die nötigen Materialien gleich zur Stelle hatte. Für die Gewalt des Wassers spricht auch der Umstand, daß neben dem eigentlichen Sperredamm auch das 40 Meter lange Überfallwehr weggerissen wurde, das gewissermaßen als Schutzwehr bei eintretenden Unbilligkeiten dienen sollte.

Schon wieder Pilzbergfistungen.

In Thale starben vier Kinder des Hüttenarbeiters Baholik an Pilzbergfistung. Die Mutter schwebt noch in Lebensgefahr, der Vater ist nur leicht erkrankt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1914. (12. Sonderh. z. Reichs-Arbeitsbl.) 1 M. — C. Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Stralauer Viertel, Abteilung 24.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Abteilungsleiter, der Metallarbeiter

August Thiernig

Mühlensstr. 47, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 22. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-Heide aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
216/8 Der Vorstand.

Am 17. Sept., abends 6 1/2 Uhr, entlich nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Wegemeister

August Thiernig

im Alter von 63 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Sept., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-Heide aus statt. 8021

Daußjagung.

Für die herzlichsten Beweise unig-ster Anteilnahme und den reichen Blumenkranz bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schankwirts

Paul Thimm

lagen wir allen lieben Fremden und Bekannten sowie dem Hauptvorstand, Ortsverwaltung und Bezirk III des Verbandes freier Gast- und Schankwirte Deutschlands, dem Wahlverein, 243. Bezirk, Teil I, der Kommission der Rößelpolsterer, Bezirk Osten, dem Verein der Dreifäser, der Armen- und Steuerkommission sowie meinem Freunde Lorentzin für die trauerreichen Worte am Sarge unseren tiefgefühltesten Dank.
Frau Lina Thimm
nebt Angehörigen.
12785

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsen-

führer

Wilhelm Schulze

von der Firma Lehmann, Reu- Köhn, Berliner Straße 89, am 15. September im Alter von 70 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnführer

Heinrich Op den Platz

von der Großen Berliner Straßenbahn, Bahnhof Lichterberg, am 19. September im Alter von 46 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Gemeindefriedhofes in Marzahn aus statt. 68/6

Die Bezirksverwaltung.

Für die vielen Beweise freundlicher Anteilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bernhard sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Otto Bleich und Familie.

Zigarren
von M. 63.— pro Tausend aufwärts,
Zigaretten
von M. 14.— pro Tausend aufwärts
zu En gros-Preisen.
Leo Spieker, Charlottenburg, Wilmers-
dorfer Str. 88. — Tel. Wilhelm 1809.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.

Dunkelblau Vantale.



Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette
2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

**Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!**

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

Das sicherste Staatspapier der Welt

ist die deutsche Kriegsanleihe. — Sie trägt hohe Zinsen und ist (auch als Zwischenschein) jederzeit verkäuflich und beleihbar. Die Steuerkraft des deutschen Volkes, das Vermögen sämtlicher Bundesstaaten sowie des Reiches selbst haften für sie.

Samt

Dieses schöne Gewebe mit seiner eleganten Schmiegsamkeit wird in immer stärkerem Maße von der Mode bevorzugt und wird im kommenden Winter tonangebend sein!

Wir bringen Samt, hauptsächlich zu modernen, eleganten Jackenkleidern verarbeitet, und — wie es unser stetes Bestreben ist — zu Preisen, um sie jeder Dame zugänglich zu machen.

Die beiden nebenstehenden Beispiele werden Ihnen dies überzeugend erläutern.



2 schöne Samtkostüme aus unseren Hauptpreislagen

Links: jugendl. Form mit neuartigen Stragen, offen und geschlossen zu tragen, hübsch verarbeitet, m. besond. reizvoll. Doppelgürtel, nur 68⁵⁰

Rechts: sehr eleganter Schnitt, offen und geschlossen zu tragen, mit hübschem, in seiner Wirkung köstlichem Ansehen. . nur 89⁰⁰



Königsstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseest. 113
beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Zur Sommerzeit

Suroi

besonders preiswerter u. vorzüglicher Einmache-Haushaltungs- und Salat Essig

Unter ständiger Kontrolle eines Nahrungsmittelchemikers

Preis 35⁰⁰ ohne Flasche
Man achte auf den geschützten Namen

Suroi
grünes Etikett und weißen Verschlussstreifen



Fernsprecher: Norden 3664, 3665, 3666

Leka

gesüßter Einmache- u. Salat Essig m. allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz

Unter ständiger Kontrolle eines Nahrungsmittelchemikers

Preis 1 Mark ohne Flasche
Man achte auf den geschützten Namen

Leka
rotes Etikett und roten Verschlussstreifen

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Ortsgruppe Groß-Berlin. — Bureau: C. 25, Münzstr. 20.

Heute Donnerstag, den 21. September, abends 8^{1/2} Uhr, in den „Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

General-Versammlung

- Tagesordnung: 78/12*
1. Kassen- und Geschäftsbericht vom zweiten Quartal 1916. Antrag der Ortsverwaltung auf Erhöhung des Ortsbeitrages.
 2. Neuwahlen zur Ortsverwaltung.
 3. Ersatzwahl zum Hauptvorstand.
 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Günstiges und recht zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

CARDINAL

ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken

FOVEAUX

RAUCHTABAKE überall erhältlich

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. L. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreassstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7890. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Zigaretten billig verteuert, vorzügl. Qualität
1.8 Pf. 1A 100 St. 1.30
3 „ 1B 100 „ 1.90
4.2 „ 1C 100 „ 2.50
6.2 „ 1D 100 „ 3.75
Berl. J. Luant. aus. Porto u. Nachn.
Ans. Friedr. u. a. Vereinf. Landau,
Neutöln, Raj.-Glebe, -Str. 42.

In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Holzbildhauer

Versammlung am Freitag, den 22. Septem ber 1916 abends 8 Uhr.

im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer Nr. 15, Saal 3:

Tagesordnung:

1. Bericht und Beschlussfassung über die Arbeitsgemeinschaft.
2. Unsere Teuerungszulage.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Aus Groß-Berlin.

Die Kaffeemühle.

Ein Zug der Untergrundbahn rollt in die Halle, Fahrgäste verlassen die Wagen, andere steigen ein. Schon will der Beamte ein „Hertig“ rufen, da kommt noch ein Soldat, feldmarschmäßig bepackt. Kaum daß er durch die Tür kommt, so breitet er sein Tornister. Was ein Mann doch alles tragen kann, denkt man unwillkürlich, und was man im Felde alles braucht. Denn außer seinem Gewehr trägt der Krieger noch gar vielerlei Gegenstände. Sie sind auf und um den Tornister geschnallt oder baumeln an den Seiten herunter. Mit Interesse betrachten die Daheimliebenden die Ausrüstung des Mannes, der still und verjünnert vor sich hinsteht und dessen Hand die Farbe von braun gebeiztem Holz hat.

Was aber am meisten auffällt, ist eine Kaffeemühle, die hinten am „Hiffen“ hängt. Wahrhaftig, eine richtige Kaffeemühle, zwar eine aus älteren Jahrgängen, aber immerhin noch ihren Zwecken dienend. Alle Fahrgäste sind zu legt aufmerksam geworden auf das Requisite des Kriegers, und ein verständnisvolles Schmunzeln pflanzt sich durch den Wagen.

Zwei Passagiere beginnen zu lachen. „Da ist doch nichts zu lachen“, sagt der Papa und blinzelt über die Brille hinweg nach der Kaffeemühle, „der Mann hat ganz recht, frisch gemahlener Kaffee schmeckt am besten.“ Die anderen nicken.

„Eine gute, heiße Tasse Kaffee, wenn es kalt und naß ist, na, das ist ein Gottesgeschenk“, meint ein alter Mann, der eine Altkarte trägt. Er ernennt Zustimmung. Und mit einem Male singt der ganze Wagen das Dohelied des braunen Trankes. Die Nasen schnupfern förmlich nach dem erquickenden, köstlichen Duft. Eine Kata Morgana nimmt alle Sinne gefangen. Kaffee, ach, Kaffee!

Die Militärbehörde hat gewußt, was sie tat, als sie beizeiten Kaffeevorräte für die Soldaten reservierte, und die Kameraden des Kriegers tusthen ebenfalls, warum sie ihm bei der Abreise in die Heimat den dringlichen Wunsch ans Herz legten: „Mag, wenn Du zu Muttern kommst, sieh zu, daß Du eine Kaffeemühle auftreiben kannst.“

Gewiß, man kann die Bohnen auch auf andere Art zerkleinern, z. B. mit dem Gewehrkolben, oder mit einem Stein und mit dergleichen primitiven Methoden. Es ist aber nicht dasselbe, die Kaffe wird nicht fein und zu ungleich und kann nicht genügend ausgegüht werden. Ganz abgesehen von dem prächtigen Aroma, das dem gut gemahlten Kaffee entströmt. Und dann die angenehme, vorbereitende Tätigkeit. Während das Wasser im Kessel summt, setzt man sich gemütlich hin, nimmt die Mühle zwischen die Knie und beginnt zu mahlen. Gibt es doch Menschen, denen das Geräusch der Kaffeemühle mehr bedeutet, als Beethovens „Neunte“, und die den Genuß des geliebten Getränks nur schmerzlich vermissen. Der Kaffee, der einem jetzt allenthalben serviert wird — na, man schweige darüber. Die Götter sollen ja allwissend sein, aber aus was die Kaffeelokal ihre „Kaffee“ herstellen, das wissen sie auch nicht. Mit dem Unvermeidlichen muß sich der Mensch nun einmal abfinden, jedenfalls zeigt die Kaffeemühle am Tornister des Kriegers, daß unsere Brüder draußen noch in den Besitz von Kaffeebohnen gelangen müssen, und das ist die Hauptsache. Ihnen ist ein Schluck des kräftigen, anregenden Trankes gern zu gönnen, und dieser Gedanke beherrschte auch alle Fahrgäste, so lange der Soldat im Wagen weilte. Und als er den Zug verließ und mit schweren Schritten davonging, wippte und tanzte die Kaffeemühle am Tornister und schlug in regelmäßigem Takte an das Seitengewehr. Bei den Zurückbleibenden aber stieg unwillkürlich der Wunsch auf, daß bald die Stunde kommen möge, wo unsere Soldaten daheim am warmen Herd ihren Kaffee trinken und erzählen können von dem Schaurigen, was sie erlebt!

Lebensmittelfragen.

Für Graupen und Erbsen sind vom Kriegsernährungsamt vom 15. September 1916 ab die Preise ermäßigt worden. Kurz bevor die Ermäßigung in Kraft trat, sind der Stadt Berlin größere Posten Graupen und Erbsen überwiesen worden. Der Magistrat hat sich daher genötigt gesehen, von der Ermäßigung des Kriegsernährungsamts Gebrauch zu machen und den von ihm belieferten Händlern Genehmigung zu erteilen, Gestengröße und Gestengraupen bis zum 30. September 1916 zu den bisherigen Preisen abzugeben, soweit es sich um Ware handelt, die vor dem 15. September 1916 zu einem höheren, als dem seit diese Tage geltenden Verkaufspreise erworben ist.

Die vom Kriegsernährungsamt vorgesehene Preisermäßigung für Graupen wird daher erst nach und nach, spätestens jedoch mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft treten.

In denjenigen Brotkommissionsbezirken, in denen die neuen Eierkarten noch nicht verteilt sind, wird deren Ausgabe gemeinsam mit den neuen Fleisch- und Kartoffelkarten erfolgen, die in den alternativen Tagen zur Verteilung gelangen.

In Anbetracht der schwierigen Lage, in welche die Groß-Berliner Abmelkwirtschaften mit Eintritt des Herbstes geraten, hat sich die Milchversorgungsstelle Groß-Berlin grundsätzlich entschlossen, den Abmelkwirtschaften vom 1. Oktober d. J. ab wiederum einen Zuschuß von 50 Pf. für die Kuh und den Tag zu gewähren, sofern die Kuh mindestens 8 Liter Milch pro Tag produziert. Die näheren Bestimmungen werden noch bekanntgegeben.

Gestern fand im Berliner Rathaus eine Besprechung mit den Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden über die neue Fleischkartenverordnung statt, die durch die Einführung der Reichs-Fleischkarte für die Zeit vom 2. Oktober notwendig wird. Insbesondere war die durch die Reichs-Fleischkarte bedingte Einbeziehung von Hühnern, gewissen Wildarten, Dauerwaren, Fleischkonserven, sowie die Frage der Selbstverforgung Gegenstand eingehender Beratung. Die einzelnen Magistrats werden sich nunmehr alsbald mit der Beratung der neuen Fleischkartenverordnung befassen.

Nacherhebung der erhöhten Staatszuschläge.

Nachdem nunmehr der Abteilung III der Steuerdeputation (Steuerkasse) die Einziehungslisten über die Nacherhebung der

erhöhten Zuschläge zur Staatseinkommen- und Ergänzungssteuer für das Halbjahr April-September 1916 zugegangen sind, wird jetzt mit der Einziehung dieser Steuern begonnen werden. Ueber die Höhe der zu entrichtenden Steuerzuschläge ist bereits eine öffentliche Bekanntmachung des Vorsitzenden der königlichen Veranlagungskommission ergangen, besondere Veranlagungsscheine erhalten demnach die Pflichtigen seitens des Vorsitzenden der königlichen Veranlagungskommission nicht, vielmehr ist es bei jedem Pflichtigen überlassen, sich an Hand jener Bekanntmachung den auf ihn entfallenden erhöhten Betrag selbst zu berechnen. Die Steueranmeldungen werden aber selbstverständlich jene Beträge zahlenmäßig angeben.

Sobald die Steuern bisher schon regelmäßig durch Abschreibung vom Bankkonto der Steuerpflichtigen erhoben worden sind, wird von der städtischen Steuerkasse auch hinsichtlich der erhöhten Zuschläge ohne weiteres in gleicher Weise verfahren werden.

Im übrigen werden die Quittungen über die nachzu zahlenden Zuschlagbeträge durch die städtischen Steuererheber zur Zahlung vorgelegt werden. Den Steuerpflichtigen, welche bei der Vorlegung der Quittung nicht angetroffen werden oder nicht sogleich Zahlung leisten, wird der Steuererheber eine Zahlungsaufforderung mit anhängender Zahlkarte zurücklassen, auf welcher der zu entrichtende Betrag vermerkt ist. Da für die erhöhten Zuschläge für April/September 1916 die Fälligkeit bereits eingetreten ist, müssen die eingeforderten Beträge zur Vermeidung kostenpflichtiger Mahnung umgehend eingezahlt werden.

Arbeiterbildungsschule. Auf den heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, stattfinden wissenschaftliche Einzelvorträge sei nochmals hingewiesen. Genosse Ernst Däumig wird über das Thema: „Afrikanische Probleme“ reden. Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt. Eintrittspreis 10 Pf. Ferner sei noch einmal an die naturwissenschaftliche Wanderung — die letzte dieses Jahres — erinnert, die am Sonntag, den 24. September, stattfindet. Die näheren Angaben darüber sind in der vorgelegten Nummer des „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Teilnehmerkarten zu 30 Pf. sind noch im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Jugendsekretariat), Lindenstraße 3, und in den Bureaus des vierten und sechsten Wahlkreises zu haben.

Familientragödie.

Gestern vormittag wurde auf dem Grundstück Annenstraße 14 ein furchtliches Verbrechen entdeckt. Im vierten Stockwerk des linken Seitenflügels wohnte der Fensterputzer Schröder mit seiner 24 Jahre alten Ehefrau und seinem vierjährigen Knaben. Die Frau Schröder und das Kind wurden heute vormittag in der Wohnung mit durchschnittenen Halsen im Bett liegend tot aufgefunden. Die Mordwaffe, ein Rasiermesser, lag neben den Leichen. Als Täter kommt der Eheherr Schröder in Betracht, der anscheinend die Absicht hatte, auch sich selbst das Leben zu nehmen, da man einen an einem Haken befestigten Strick auffand. Schröder war in eine schwere Diebstahlsangelegenheit verwickelt und dürfte aus Furcht vor einer langen Strafe ursprünglich die Absicht gehabt haben, nicht nur seine Frau und das Kind, sondern auch sich selbst umzubringen. Der Täter konnte bisher nicht ergriffen werden.

Auf die Ergreifung des Mörders hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt. Die im Laufe des Nachmittags gemachten Feststellungen lassen die Annahme immer wahrscheinlicher erscheinen, daß Schröder die Flucht ergriffen hat. Dafür sprechen verschiedene Ermittlungen. So hat Schröder sein Bild, das er aus der Wohnung mitnahm, zu diesem Zweck besonders aus dem Rahmen genommen. Als er die Wohnung verließ, trug er zwei große Pakete bei sich, vermutlich Sachen, die ihm die Flucht erleichtern sollen. Sodann hat sich Schröder auch noch an einer Stelle 50 M. geborgt. Wenn der Gefuchte nicht schon Berlin verlassen hat, so ist damit zu rechnen, daß er sich vielleicht in der Umgebung der Kurstraße, der Schönhauser Allee oder in Neukölln aufhält, da hier Verwandte von ihm wohnen.

Auf Brandstiftung wird ein größeres Feuer zurückgeführt, das in der Berliner Straße 123 in Reinickendorf in einem Schuppen ausgebrochen war und die angrenzenden Gebäude erfasste. Nur mit Mühe konnte das Wohnhaus geschützt werden. Der Schaden ist erheblich.

Wer ist die Tote? Aus dem südlichen Teil des Westhafens, vor dem Grundstück Vesuffstr. 44 wurde gestern nachmittag die Leiche einer unbekannt Frau von etwa 55 Jahren gelandet. Die Tote ist etwa 170 Meter groß und schlank, hat graumeliertes Haar und eine Narbe am Kinn und trug eine gelbgeblühte Warendentbluse, einen schwarzen und dunkelgrün karierten Rock, schwarze Strümpfe und ebensolche Halbhübe. Die Leiche wurde dem Schauhaus überwiesen.

Trepow-Sternwarte. Es finden folgende Kinovortrage statt: Sonnabend, 23. September, 8 Uhr „Das bayerische Hochland und die Königsklöster“, Sonntag, 24. September, 8 Uhr „Forschungsreise zum Südpol“ und „Ein Blick ins Weltall“, 5 Uhr „Interessante Bilder aus Italien“, um 7 Uhr „Hatz Thüringen, Erz- und Aelenegebirge“, Mittwoch, 27. September, 8 Uhr „An den Ufern des Rheins“. — Dienstag, den 26. September, abends 8 Uhr, hält Direktor Dr. F. S. Ardenhold an der Hand zahlreicher Lichtbilder im großen Ordoaal der Trepow-Sternwarte einen Vortrag über: „Wohnbarkeit der Welten“.

Kriegsverbündete haben zu allen Vorträgen umsonst Zutritt, auch ein Kind in Begleitung eines Erwachsenen hat freien Eintritt und für jedes weitere Kind ist der halbe Preis zu zahlen. Mit dem großen Fernrohr werden bei klarem Wetter am Tage die Sonne mit ihren Flecken, abends Fixstern, Doppelsterne, Sternhaufen und der Mond beobachtet.

Das Institut ist bei klarem Wetter bis 12 Uhr nachts geöffnet.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. An den nächsten Sonntagnachten werden im Gebrüder Herrnsfeld-Theater vollständige Vorstellungen bei ganz kleinen Preisen veranstaltet. Als erste Vorstellung dieser Art wird Sonntag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, Hermann Sudermanns Schauspiel „Die Ehre“ gegeben.

Aus den Gemeinden.

Der Charlottenburger städtische Arbeitsnachweis im ersten Kriegsjahre.

Mit dem Ausbruch des Krieges hatte sich die Lage des Arbeitsmarktes, wenn auch nur für kürzere Zeit, verschlechtert. Entlassungen und Einschränkungen von Betrieben führten zu Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, die sämtlich neue Arbeitsgelegenheit suchten; auf der anderen Seite wiederum mußten sich Arbeitgeber nach Ersatz für ihre eingezogenen Arbeitskräfte umsehen. Dazu kam,

daß sich zahlreiche männliche und weibliche Personen im Drange nach Vertiefung zu unentgeltlicher Arbeit, namentlich bei Einbringung der Ernte, zur Verfügung stellten und zu einer Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt über die gegebenen Verhältnisse hinaus beitrugen. Es ist anzuerkennen, daß der städtische Arbeitsnachweis mit Nachdruck und mit Erfolg darauf hingewirkt hat, die freiwilligen Arbeitskräfte zurückzustellen, solange Männer und Frauen in genügender Zahl die Arbeiten gegen den üblichen Lohn übernahmen und so ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Bei der Arbeitsvermittlung wurde von vorn herein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, zu ermitteln, in welche Stellen bei Mangel an männlichen Arbeitskräften auch weibliche gewiesen werden können. Aber allmählich gewann das Vertrauen in unsere wirtschaftliche Kraft wieder die Oberhand und die Wiedereinstellung von Arbeitskräften nahm ihren Anfang. Es kam der Bedarf für die Einbringung der Ernte und die Nachfrage der Heeresverwaltung nach Armerungsarbeitern für den Osten. Vor allem jedoch trugen der weitere Bedarf der Heeresverwaltung und die Nachfrage der für diese Bedarfsdeckung arbeitenden Fabriken wesentlich zur weiteren Besserung der Lage bei. Ja, bereits im November 1914 trat für verschiedene Berufe ein ausgeprägter Mangel an gelerntem Arbeiter ein, der trotz höherer Löhne nicht abgedeckt werden konnte.

Auch die Lage des Arbeitsmarktes für Frauen ist als günstig zu bezeichnen. Zwar hatte im August 1914 unter dem ersten Eindruck der Mobilmachung eine beträchtliche Steigerung der Arbeitslosigkeitsstatistik stattgefunden, da in der Ungevihrtheit die Gestaltung des Wirtschaftslebens sehr viel Personal in liberaler Weise entlassen war, außerdem viele dem Erwerbsebenen sonst fernstehende Frauen sich um Lohnarbeiten bemühten, und eine Menge in Badeorten und Sommerfrischen in Saisonarbeit stehende Personen vorzeitig zurückgekehrt war. Aber schon im September begann der Ruf nach Arbeitnehmern erheblich abzunehmen, und von Oktober ab war fast durchweg die Nachfrage nach Arbeitsgelegenheit geringer als in den beiden Vorjahren.

Einen wesentlichen Einfluß auf die günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes für die weiblichen Personen hatten die großen Räum- und Strickaufträge durch die militärischen Vorratssammlungen. In gemeinsamen Räum- und Strickarbeiten wie auch in gewerblichen Unternehmungen wurde eine große Anzahl von Frauen dauernd beschäftigt. Die zu bewältigende Arbeit war teilweise so groß, daß sich ein Mangel an Arbeitskräften fühlbar machte. Auch bei den weiblichen Handelsgeschäften hat sich die bei Kriegsausbruch eingetretene Arbeitslosigkeit im Laufe der Zeit erheblich gemindert. Die erfahrenen und gut geschulten Kräfte traten an Stelle der zum Heeresdienst eingezogenen Männer, die jüngeren und weniger geschulten fanden in der Industrie oder durch Übernahme von Nebenarbeiten Verdienst. Auch sonst gelang es an manchen Stellen, wo infolge des Krieges Mangel an männlichen Arbeitskräften eintrat, Frauen als Ersatz einzustellen, z. B. bei der Straßenbahn, der städtischen Straßenreinigung, auf Güterbahnhöfen und Kohlenplätzen zu leichteren Transporten.

Jugendmangel Kleinwohnungsmangel in Schöneberg.

Wie in Berlin so ist auch in Schöneberg die Zahl der leerstehenden Wohnungen ohne Läden gesunken. Während am 15. Oktober 1915 noch 2175 gezählt wurden, waren es am 15. Mai 1916 nur mehr 1804. Besonders empfindlich war der Rückgang bei den Ein- und Zweizimmerwohnungen, von denen nur 430 leer standen gegenüber 563 am 15. Oktober 1915, 542 am 15. Mai 1916 und 787 am 12. Oktober 1914. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit Läden, die von 313 am 15. Oktober 1915 auf 425 am 15. Mai 1916 gestiegen war, hat sich seitdem nicht mehr verändert. Sie betrug am 15. Oktober 1915 und ebenso am 15. Mai 1916: 428. Von den Wohnungen ohne Läden stehen 4 Proz. leer, von den Wohnungen mit Läden 9 Proz., von den Kleinwohnungen 1 1/2 Proz.

Leigwarenverteilung in Schöneberg.

Vom Freitag, den 22. September ab bringt der Magistrat wiederum Leigwaren in den durch Anschläge kenntlichen Schöneberger Kleinhandelsgeschäften zur Verteilung, und zwar für jeden Abkchnitt 17 der Lebensmittelkarten 250 Gramm. Der Preis beträgt für Ware aus Auszugsmehl 36 Pf., für Leigrohren aus gewöhnlichem Mehl 26 Pf., für Leigrohren-Bruch und alle übrigen Sorten aus gewöhnlichem Mehl 25 Pf.

Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung, der der militärdeurlaubte Bürgermeister Stritte teilnahm, wurde mitgeteilt, daß die Liquidation der ehemaligen G a s w e r k s - K o o p e r a t i o n j e t z beendet sei. Die Gemeinde hat 200 000 M. herausbekommen; 21 000 M. sind auf das Darlehen, der Rest von 179 000 M. ist auf den Etat-Fehlbetrag der Gemeinde, der noch etwa 70 000 M. beträgt, verrechnet worden. — Ueber die event. Kündigung des Vertrages mit dem Verbands-Krankenhaus soll in geheimer Sitzung verhandelt werden. Der Erhöhung der Entschädigung für Branddienst von 70 Pf. auf 1 M. pro Stunde für die Dauer des Krieges an die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr wird zugestimmt.

Die Unterstufungsgrundzüge für Mietsbeihilfen machen eine Kenderung notwendig, da sich infolge der langen Kriegsdauer gewisse Härten herausgestellt haben. Es wird beschlossen, über die bisherigen Unterstufungsätze hinauszugehen und in besonderen Fällen bei einer monatlichen Miete bis zu 22 M. eventuell die ganze Miete, bei 22—28 M. bis zu demselben Betrage Zuschuß zu gewähren. Es wird dabei gewünscht, nicht allzu schematisch zu verfahren und in geeigneten Fällen von dem bisher verlangten Mietsnachlaß durch den Vermieter bei der Gewährung von Beihilfen ganz abzusehen. — Die Errichtung von Lauben auf dem der Gemeinde gehörigen Rodlande zwischen Graf-Adern-Rorso und Hermsdorfer Straße war wiederholt von den Pächtern beantragt, aber stets abgelehnt worden. Die neue abermalige Ansprache zeugte das Resultat, daß die Vertretung sich grundsätzlich der Errichtung von Lauben geneigt zeigte, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die zuständigen Kommissionen alles Nähere, so besonders die äußere Gestaltung der Laubkeiten und die Räumungsfrist, festzusetzen haben. — Zur letzten stattgefundenen Schöffenwahl brachte der Bürgermeister ein Schreiben des Landrats zur Kenntnis, wonach dieser die Verfüllung des bisherigen Schöffen und stellvertretenden Gemeindevorsetzers Reichel versagt. Vielmehr seien die auf Direktor Unger gefallenen Stimmen für gültig zu erklären, da dieser entgegen der Gewährung von Beihilfen als im Verlage eines Tegeler festen Wohnsitzes anzusehen sei und seine Verfüllung zum Schöffen mithin zu beantragen sei. Gegen diesen Entscheid steht den Beteiligten ein Einspruch noch zu. Der Vorstand wird einen solchen nicht einlegen.

Parteiveranstaltungen.

Adlershof. Sonntag, den 24. September, nachmittags von 3 Uhr an veranstaltet der Jugendhausklub eine Schulentlassungsfeier im Lokal Ledniggraben, Wilmersdorf, 2. Ecke Adlergestell. Alle Schulentlassenen nebst Angehörigen und Freunden sind willkommen. Vortrag: Folge: Gelang, Festvortrag, Regalitionen, Lieder zur Laute, Konzert, Theater und Besichtigung von Volkstänzen.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 24. September: Zahl- und Aufnahme von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13 und Sudower Str. 14.
Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Neukölln. Sonntag, den 24. September: Wanderung nach dem Schilbetal, Gaderis, Diamental, Schilbe. Abfahrt: Sonnabend, abends 8.30 Uhr (nicht wie im Wanderfreund angegebeu 8.05 Uhr) Schilf. Bf. (Wriezener Bahnsteig). Jahrgeld 3 M.

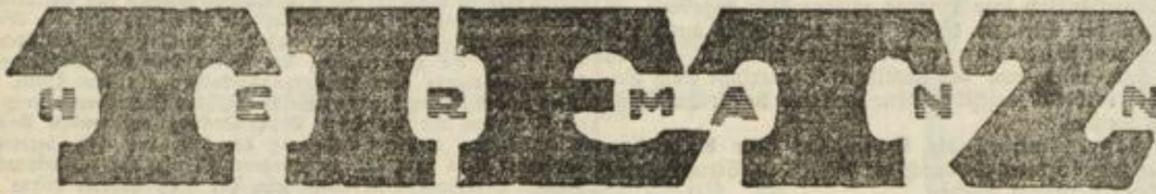
Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Do. rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. D. Sie müssen der Aufforderung des Amtsgerichts zur Aufstellung des Nachlasses nachkommen und zu gleicher Zeit das Testament Ihres Ehemannes einreichen. Wenn die Kinder kein Vermögen haben, so können Sie natürlich keine abgeben. — F. D. 1. Abweichung der Erblasser; Bildung des Bruchstücks; Kramfabern. — A. S. Richterberg. Antikarie, verführerische Kriegsverwendungsfähig. — W. G. D. 50. A. W.

Sie müssen die Jurisdiktion Ihres Eigentums durch eingeschriebenen Brief innerhalb einer bestimmten Frist fordern. Dann können Sie nachher werden. — G. D. 2. 150. Wenn Sie den Vertrag unterschrieben haben, müssen Sie auch als Richter gelten und haben somit Anrecht auf die Benutzung der Parzelle und der Laube. — G. D. 6. Jurzeit Kriegsverwendungsfähig. Jurisdiktion bis 1. April 1917. — Waschinwanne. Die Firma könnte Ihnen den Kriegsdienst verweigern und Sie würden dann in anderen Betrieben keine Arbeit bekommen. Auch könnte Eingehung erfolgen. — G. D. 100. Darüber bestimmt der Mietvertrag. In Kriegzeiten ist aber auf eine frühe Erfüllung des Vertrages in dieser Beziehung nicht zu pochen. — G. D. 100. Herzliebend, zurückgestellt. Sie können noch zum Militärdienst eingezogen werden. — A. R. 42. Nach Ihrer Darstellung sind Sie zur Nachzahlung nicht verpflichtet. Lassen Sie es daher auf eine Klage ankommen. — Augusta 4. Sie müssen der Ehefrau den Unterhaltungsbeitrag vom Truppenteil einschicken, worauf diese Antrag bei der Steuerkasse um Unterhaltung stellen muß. Ihre Frau erhält bei der Geburt die Reichswochen-

hilfe. Wenn Sie Mitglied einer Kasse waren, ist der Antrag an den Vorstand dieser Kasse zu richten. — W. D. 1000. 1. Die Ausschlagung der Jurisdiktion muß beim zuständigen Amtsgericht innerhalb 6 Wochen nach erfolgtem Tode des Betreffenden geschehen. 2. Sie sind zur Benachrichtigung der Gläubiger nicht verpflichtet. 3. Der Eigentümer der Möbel muß die Herausgabe der Sachen vom Wert verlangen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, so muß der Eigentümer durch Klage beim zuständigen Amtsgericht die Herausgabe bewirken. — A. D. 100. Die Verordnung gilt für den Bezirk des Oberkommandos in den Marken. Das Obd. würde sicher beschlagnehmen werden. 2. Ueber den Rückverkauf in der Kolonialmühle Sie beim zuständigen Polizeirevier Beschwerde führen. — A. W. 66. Gegenwärtig wird die Bedürftigkeit jedenfalls verneint und deshalb erhalten Sie keine Kriegsunterstützung. Wenn Sie später infolge der Schwangerschaft oder der Geburt des Kindes arbeitsunfähig sind, müssen Sie einen Antrag auf Unterstützung für sich und das Kind bei der zuständigen Steuerkasse stellen. — W. D. Die Schriftstücke sind eingetroffen, wird erledigt.



Leipziger Straße

Alexanderplatz

Frankfurter Allee

Für den Umzug!
Preiswerte Angebote und reichhaltige Auswahl in den betreffenden Abteilungen

Glas * Porzellan * Steingut

Vorbereitungservice: Süss

- Kompottieren . . . 8, 10, 12 bis 55 Pf.
- Kompotteller 10 Pf.
- Butterdosen 28 Pf.
- Käseglöden 60 Pf.
- Zuckerschalen 10 u. 15 Pf.

Weingarnitur: Graviert

- Bowlenglas 60 Pf.
- Rotweinglas 50 Pf.
- Rheinweinglas 50 Pf.
- Portweinglas 40 Pf.
- Liturgias 35 Pf.
- Gestrichel 50 Pf.
- Bierbecher 50 Pf.
- Selterbecher 35 Pf.

- Glasteller gepreßt Stück 7 Pf.
- Glaschüsseln $\frac{1}{2}$ große und $\frac{1}{2}$ kleine auf 95 Pf.

Stangenvasen
40 cm 69, 45 cm 70, 50 cm 80 Pf.

Tafelserie Brüssel

- Speiseteller 42 Pf.
- Abendbroteller 30 Pf.
- Kompotteller 22 Pf.
- Terrinen 4,25
- Kartoffelschüssel 2,75
- Tunkenschüssel 1,50
- Bratenplatten 1,25 bis 3,75
- Salattieren 1,15

- Neueste Formen
- 23 teilig 19,50
- 30 teilig m. massiv. Postergold-Henkel 38,50
- Moderne Dekore
- 8 teilig 2,50, 2,95, 4,25, 6,75

Tafelserie

- 60 teilig 52,00
- 80 teilig mit massiv. Postergold-Henkel 82,50

Kaffeeservice

- 16 teilig 7,50, 10,50, 12,75, 17,50

Besonders preiswertes weißes Porzellan

- Milchbüchse 28 Pf.
- Zuckerdosen 18 Pf.
- Tassen 10 Pf.
- Tunkenschüsseln 45 Pf.
- Gemüsesplatten 45 Pf.
- Kuchenteller 28 Pf.
- Obstteller mit Früchten 22, 35 Pf.
- Tassen bunt u. Goldrand Paar 20, 25 Pf.
- Butterdosen Goldrand 65 Pf.
- Abendbroteller Stück 22 Pf.

Kaffeeschirr Rosenmuster

- Kaffeekannen 1,10, 1,50, 1,80
- Teekannen 1,65, 2,25, 2,75
- Milchgießer 48, 60, 75 Pf.
- Zuckerdosen 85 Pf., 1,10, 1,50
- Tassen 80, 95 Pf.
- Teller 55, 75 Pf.
- Kuchenteller 1,35
- Butterdosen 1,10, 1,60, 2,25

Teegeschirr schwarz, mit bunt. Dekor

- Teekannen 1,00, 1,35, 1,65
- Milchgießer 40, 55, 65 Pf.
- Zuckerdosen 65 Pf.
- Tassen 75 Pf.

Waschgarnituren

- 4 teilig Onom 2,50
- 5 teilig Debra 4,50
- 5 teilig Goldrand 7,50
- 5 teilig Goldstempel 8,75

Besonders preiswert!

- Durchbroch. Körbe, rund 38, 60, 95 Pf.
- Durchbroch. Körbe, oval 38, 60, 95 Pf.
- Durchbroch. Teller 20 Pf.
- Durchbroch. Fruchtgeschalen 95 Pf.
- Vorratsstücken, einzeln 25 Pf.
- Essig- oder Deckelgläser, einzeln 10 Pf.
- Salz- oder Mehlmeße, einzeln 65 Pf.
- Marmeladendosen, bunt 42 Pf.
- Teller, weiß Stück 7 Pf.
- Einzeln Waschtische Stück 95 Pf.

Haushaltungs-Artikel

- Fleischmaschine m. 4 versch. Scheiben 6,25
- Fruchtpressen 6,75, 8,75, 13,50
- Bohnenhiebemaschine 3,50
- Gasocher 9,75, 14,75
- Gasplatten Garnit. 2 Platten m. Erhlg. 6,50
- Feiswärfemer 1,10

Ofentüren Altesen m. modernen Vorrichtungen, 5x5 60, 4x3 65 Pf., 9x12 1³⁰ 9x15 1⁴⁵

Emaillé

- Kafferoellen 60, 70, 80 Pf.
- Kafferoellen mit Ring 85 Pf., 1,00, 1,10
- Schmortöpfe 75, 85 Pf., 1,10
- Schmortöpfe mit Ring 1,10, 1,35, 1,65
- Mülleimer 2,45, 3,75
- Wassereimer 1,25, 1,65, 1,90
- Wasserkübel 2,10, 2,40, 3,00
- Schüssel 28, 32, 35 Pf.
- Schlafsimmerimer 1,65, 3,50
- Waschschüsseln Stück 1,45

Kompl. Küchen in moderner Ausführung
1 Ofen, 1 Herd, 1 Tisch, 2 Stühle mit 1 Handtuchhalter 90⁰⁰ 105⁰⁰
1 Ofen, 1 Herd, 1 Tisch, 2 Stühle 155⁰⁰ 175⁰⁰ 225⁰⁰

Beleuchtungsförper

- Elektrisch mit Osrambirnen inkl. Montage 8,25 10,00
- 16,00 20,00
- 35,00 40,00
- 65,00 80,00
- Gas mit echten Osram-Brenner inkl. Montage 12,00 17,50
- 20,50 27,50
- 45,00 55,00
- 75,00

Glühstrümpfe für Stehlucht . . 38 Pf. **Herdanzünder** m. 3 Erhitzsteinen 60 Pf.

Verzinkte Waren

- Waschbüchse } mit Einfaß und Draht { 4,25, 5,00, 6,00
- Waschbüchse } mit Ring { 6,00, 7,00, 8,00
- Eimer 1,85, 2,00, 2,25

Einkoch-Kessel aus Emaillé
4⁰⁰ 4⁵⁰ 4⁹⁰ 5⁵⁰

Bürstenwaren

- Rohhaarbürsten 2,00, 2,50, 3,50
- Rohhaarchandfeger 1,10, 1,35, 1,85
- Vorstebürsten 1,50, 2,00, 2,75
- Vorstechandfeger 1,00, 1,35, 1,50
- Bohnerwachs 1,40
- Stahlspäne Paket 18 Pf.

Einkoch-Appar. „Hertie“ 12⁵⁰
Unsere Spezialmarke

- Waschwannen } Sink (8,75, 11,00, 13,50
- Waschbecken } in Holz (9,25, 12,50, 16,00
- Waschmaschinen 55,00

Stahlwaren

- Bestecke m. schwarz. Griffen Paar 45, 65 Pf.
- Bestecke mit vernickelten Griffen Paar 45 Pf.
- Aluminium-Bestecke Paar 75 Pf.
- Schlüssel Weißmetall Stück 75 Pf.
- Kaffeelöffel Weißmetall Stück 35 Pf.
- Feilbestecke Aluminium 1,65

Waschkübel ca. 75 90 115 Liter
verzinkt, Erhlg. für Kupfer 22⁰⁰ 26⁰⁰ 28⁰⁰

- Obst- und Gemüsebeeren 1,65
- Saftfilter mit Schüssel 2,00
- Einkochbüchsen Blech 45, 70, 85 Pf.
- Konserveglas-Deckner 18 Pf.
- Einkochgläser 45, 55, 70, 85 Pf.
- Handfruchtpressen 1,25, 1,45

Buttermaschinen . . 1⁵⁰ 2⁵⁵ 2⁹⁰

- Gardinenspanner 12,50
- Leitern Stufe 50 Pf.
- Waschesein. 40m 5,00, 50m 6,50, 60m 8,00
- Waschklammern Schöck 18, 22 Pf.
- Waschetrockner mit 10 Stäben, Stück 1,10

Bettstellen * Polsterwaren

- Bettstellen mit Espratboden 10⁰⁰ 14⁰⁰
- Bettstellen schwarz lackiert mit Rollen, 80/190 13⁵⁰ 15⁰⁰
- Bettstellen m. Beleg-Matratze 80/190 17⁰⁰ 22⁰⁰
- Bettstellen m. Beleg-Matratze 80/190 32⁰⁰ 37⁰⁰
- Polsterbettstellen 16⁷⁵ 18⁷⁵ 20⁰⁰
- Ruhebetten Matt. u. St. 38⁵⁰ 43⁵⁰ 45⁰⁰
- Ruhebetten Mattenbreg mit Vertikalfeder 67⁵⁰ 80⁰⁰
- Schlafstühle große Mutterauswahl 72⁰⁰ 95⁰⁰

Heute Donnerstag
Soweit Vorrat

Lebensmittel

- Obst und Gemüse**
Weißkohl Pfund 6 Pf.
Rotkohl Pfund 13 Pf.
Gurken Stück 10, 15, 25 Pf.
Rohrkräben Pfund 8 Pf.
Rohrkräben Pfund 12 Pf.
Tomaten Pfund 35, 45 Pf.
Sensgurken Pfund 38 Pf.
Kürbis Pfund 12 Pf.
Radieschen Bund 5 Pf.
Kettlge Stück 10, 15, 22 Pf.
Melonen Pfund 65 Pf.
Weintrauben in Kisten v. ca. 3 1/2 Fbd. 2 Bl.
Zitronen per Duzend von 80 Pf. an
- Fische**
Große gefalgene Makrelen Stck. 45 Pf.
Gr. Hensburg. Muscheln 100 Stck. 90 Pf.
Krebse Mandel von 1,00 an
Gefals. Kabeljau Pfd. 80 Pf.
Thunfisch Pfd. 3,10
Rindfleisch ähnl. Fischfleisch Pfd. 2,00
- Geflügel**
Gänse Pfund von 2⁷⁵ an
Gänsefleisch Pfund 2,85
Gänsefleisch Stück 2,75
Gänsebrüste Pfund 4,00
Gänsefleisch Stück 3,50
Hühner Pfund von 2⁷⁵ an
Läusen Stück 1,65
Enten Pfund 2⁴⁵
- Fischkonserven**
Sardinen in Bouillon Dose 95 Pf.
Sardinen in Tomaten Dose 1,00
Sardinen in Öl Dose 1,05
Rollmops } . . . 1-Pfund-Dose 1,00
Dismardhering }
Sardellen, lose Pfund 1,80
Sardellen, la. Prob., Glas 70 Pf., 1,05, 1,95
Fischlöße 1-Pfund-Dose 1,55
Fischkarbonade, hochf., 2-Pfd.-Dose 3,50
Scheffisch in Gelee 1/2 Pfund 65 Pf.
- la grüne Heringe** 1 45
Mandel
- Lebende Hühner** 3⁵⁰ bis 4⁰⁰
Stück